

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis durch die Post
1,20 M. vierteljährlich

Sattler-

Inserate für den Arbeitsmarkt
20 Pf., alle anderen 30 Pf. pro
3gespaltene Petitzeile

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 25 :. 24. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 :. Telephon: Amt IV, 2120

Berlin, den 24. Juni 1910

Inhalt: Beitragszahlung. — Streitigkeiten. — Der 11. Verbandstag der Buchbinder. — „Gewöhnung an die Unfallsolgen.“ — Die deutschen Gewerkschaftsstatute im Jahre 1909. I. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserm Beruf. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationen. — Soziales. — Rundschau. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Bekanntmachung der Tarifüberwachungskommission. — Wählerchau. — Adressenänderungen. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 26. Juni bis 2. Juli ist der 26. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, bei Arbeitsaufnahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Delmenhorst. Wegen Differenzen in der Wagenfabrik ist Zugang streng fernzuhalten.

Görlitz. Für Koffermacher, Täschner, Kängelmacher, wie überhaupt für Sattler und Portefeuille aller Branchen ist unser Ort gesperrt. Die Kollegen und Kolleginnen der Firma Julius Arnade stehen vor dem Kampfe. Da bereits drei Dekretverweigerer wegen der Bewegung die preussische Gewerkschaftsfähigkeit gekündigt wurde, warnen wir hiermit alle Ausländer besonders nach Görlitz-Wohns zu kommen.

Sieben geht uns die Nachricht zu, daß mehr als 100 Kollegen die Arbeit niedergelegt haben.

Leipzig. Der Streik der Reifeartikelfattler ist beendet. Da aber die hiesigen Fabrikanten trotz gegebenen Ehrenworts versuchen, Reifeartikelfattler von auswärts heranzuziehen, um unsere Leipziger Kollegen makregeln zu können, ist Leipzig unter allen Umständen streng zu meiden.

Nürnberg. Für Linoleumleger ist unser Ort streng zu meiden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Karlsbad. Die Firma Hofmann ist gesperrt.
Prag. Die Firma Stein & Freund, desgl. die Firma Schneider in Kadutin sind gesperrt.

Wardubitz. Die Werkstatt Gladna ist zu meiden, desgl. in Raab und Kaschau die Firma Jollschau & Frankenstein.

Serbien.

Belgrad. Koffermacher und Täschner werden dringend ersucht, Belgrad zu meiden. Jeden, der sich nicht willenlos fügen, lassen die hiesigen Fabrikanten ausweisen.

Von allen den vorgenannten Orten ist der Zugang streng fernzuhalten.

Der 11. Verbandstag der Buchbinder.

H. W. Der deutsche Buchbinderverband begann am 13. Juni in Erfurt die Verhandlungen seines 11. Verbandstages. Ein besonderes Gepräge verlieh ihm das 25jährige Jubiläum seines Bestehens und die erfreuliche Tatsache, daß in diesem Jahre die Mitgliederzahl zum ersten Male das 25. Tausend überschritten hat.

Vertreten waren neben den 82 Delegierten noch die Generalkommission und der Buchdruckerverband durch Döblich, der Buchdruckerhilfsarbeiterverband durch Frau Paula Thiede, der Verband der Steindrucker und Lithographen durch Sillier, unser Verband durch Weinschild und der österreichische Buchbinderverband durch Grünwaldt.

Dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß am Schlusse des Jahres 1909 dem Buchbinderverbande 13 686 männliche und 10 228 weibliche Mitglieder angehörten, darunter 110 männliche und 6 weibliche Portefeuille, sowie 314 männliche und 153 weibliche Leder-galanteriewerker. Die Portefeuille verteilten sich auf: Berlin mit 44 m., Hamburg 1 m., Solingen 8 m., Offenbach-Frankfurt 7 m., Sachsen 19 m., Stuttgart 3 m., Erlangen, Nürnberg und Jülich insgesamt 28 m. und 6 w. und in München 2 m. Mitgliedern. Unter die Papier-galanteriewerker scheinen auch die Papier-galanteriewerker gezählt zu sein, da wir eine besondere Rubrik für diese Kategorie nicht finden. Das Verbandsvermögen hat sich außerordentlich erhöht. Es betrug am Schlusse 1909 549 475 Mt.

Von den mündlichen Erläuterungen zum Geschäftsbericht nahmen die Ausführungen des Vorsitzenden Kloth über das Verhältnis zum Sattler- und Portefeuilleverband den größten Teil der Zeit in Anspruch, so daß bei Uneingeweihten der Eindruck hervorgerufen werden mußte, als erstreckte sich unsere gesamte Tätigkeit nur auf Vertreibung unläuterer Agitation unter den Mitgliedern des Buchbinderverbandes. So leid es uns tut, fühlen wir uns bei der einseitigen Darstellung in der Buchbinder-Zeitung und der mangelhaften Berichterstattung in der Parteipresse veranlaßt, näher auf diese Materie einzugehen. So führte Kloth u. a. aus: Der Vorstand habe ihm den Auftrag gegeben, in aller Schärfe die Haltung des Sattler- und Portefeuilleverbandes vorzutragen. In seinem Rückblick betonte er, der Portefeuilleverband ist aus dem Buchbinderverband hervorgegangen, also Fleisch von seinem Fleische. Doch seien sie jetzt über die vor 10 Jahren vor sich gegangene Abspaltung hinaus und liege keine Veranlassung vor, der weiteren Entwicklung irgendwelche Hindernisse in den Weg zu legen. Doch scheint beim S. u. P. Verb. die Absicht vorhanden zu sein, auf Kosten des B. u. B. Mitglieder zu fangen. Auf dem Verbandstage der Portefeuille im Jahre 1904 habe der Vertreter der Generalkommission, Gen. Kube, gesagt, der P. u. B. kann nur dann in der Gen. Kom. Aufnahme finden, wenn in § 1 des Statuts das Wort „Eutsarbeiter“ getilgt wird. Allerdings sei damals nicht ausdrücklich ausgesprochen worden, daß die Eutsarbeiter zum B. u. B. übertreten müßten. Doch hätte man das erwarten sollen. Denn so gut der B. u. B. 15 Nürnberger Mitglieder an den P. u. B. ohne weiteres abgegeben habe, ebenso gut hätten die Eutsarbeiter in M. Steinheim dem B. u. B. zugeführt werden müssen. Dann wies Kloth auf einen Brief eines Nürnberger Portefeulliers hin,

woraus hervorgehen soll, daß er von seinen Werkstattkollegen Verteidigungen und Anrempelungen ausgeht, weil er noch nicht Mitglied des P. u. B. geworden ist. Um ihn aber doch noch einzufangen, habe man ihn, den einzigen Buchbinderverbändler der Portefeuillebranche in Nürnberg, zum Mitglieds der Lohnkommission gemacht.

Die Eutsarbeiter in M. Steinheim wünschten zwecks Uebertritt in den B. u. B. eine Abstimmung. Man komme noch zu alledem hinzu, daß Weinschild des öfteren in Erlangen gewesen sei, um dort die aus den Fehlern des Jahres 1906 datierende große Unzufriedenheit der jetzt unorganisierten Kollegschaft als Agitationsmittel für seinen Verband zu benutzen. Als nach dem Streik 1906 eine Anzahl Erlanger Portefeuille nach Offenbach übersiedelte, traten sie ohne weiteres zu dem P. u. B. über. Auch in Solingen suche der S. u. P. u. B. durch die Kollegen Weinschild und Schneider dem B. u. B. die Mitglieder absperrig zu machen, wofür die Schilderungen des dortigen Bevollmächtigten des B. u. B. den eklatantesten Beweis liefern.

Dann bestritt Kloth, daß die technische Entwicklung die Portefeuille zu den Sattlern getrieben habe, vielmehr sei dies dem persönlichen Einfluß Weinschilds zu verdanken. Es sieht trotz der vollenommenen Verschmelzung fest, daß die Portefeuille mehr Verweilungspunkte mit den Buchbindern, als mit den Sattlern haben. Daher sei es nicht nur gutes Recht, sondern sogar die Pflicht der Buchbinderverbändler gewesen, wenn sie in ihrem Organ die Portefeuille darauf hingewiesen und vor der Verschmelzung den Uebertritt zum B. u. B. empfohlen haben. Er stellte fest, daß er mit den Artikeln in der „P. u. B.“ im Vorjahre nichts zu tun habe, obgleich er den Sinn derselben vollständig unterschreibe. Nur habe die „Sattler-Zeitung“ ihn persönlich und den Buchbinderverband auf das Festigte angegriffen. Praktiken des Berliner Mühlenbrennens und Wienothals wurden ihm und seiner Organisation untergeschoben. Der Sattler- und der Portefeuilleverband haben sich dann noch bei der G. K. beschwert, doch diese habe kein Urteil gefällt, sondern konstatiert, das Sündenregister des P. u. B. sei viel größer als das des B. u. B. Es habe dann eine gemeinsame Sitzung beider Vorstände stattgefunden, wobei es sich herausgestellt habe, daß eine scharfe Abgrenzung des Agitationsgebietes unumgänglich sei. Nach wie vor kann der B. u. B. Portefeuille als Mitglieder aufnehmen. Dem Wunsche des S. u. P. u. B., das Wort „Portefeuille“ im Statut zu streichen, wird nicht stattgegeben.

Nach der Verschmelzung sei ein Mitglied des B. u. B. von Erlangen nach Nürnberg übersiedelt, der S. u. P. u. B. habe ihn und ebenso drei Eutsarbeiter aus M. Steinheim ohne weiteres übernommen. Hiergegen habe der Vorstand protestiert, doch sei ihm kein Bescheid zugegangen. Nach einer Zuschrift aus Hamau haben die drei Eutsarbeiter noch keine Beiträge an den B. u. B. geleistet. In Solingen habe man einen Kollegen zum Uebertritt in den S. u. P. u. B. veranlaßt. Durch Einschreiten des dortigen Bevollmächtigten sei der Uebertritt wieder rückgängig gemacht.

Diese Behauptungen sind alle als wahr erwiesen. Wenn der S. u. P. u. B. diese unlautere Agitation für die Zukunft nicht unterläßt, dann wird der B. u. B. Protest bei der G. K. einlegen und damit sicher mehr Erfolg erzielen, als der S. u. P. u. B.

Nach aus Frankfurt a. M. sagt: Im Auftrag der Zahlstelle Offenbach erhebe ich dagegen Protest, daß der S. u. P.-V. zugewählte Mitglieder des ungarländischen Buchbindervereins aufnimmt, nachdem sie beim P.-V. Interimierung bezogen haben. Auch muß Vorfrage getroffen werden, daß der S. u. P.-V. keine Freyvergold der mehr aufzunehmen darf. Wenn das so weiter geht, werden wir rüch-sichtslos Agitation unter den organi-sierten Portefeullern treiben.

Wein-schild-Berlin führte hierzu etwa folgendes aus: Nach dem hier Ausgeführten müssen wir ja die schlechtesten Merkmale sein, die es überhaupt gibt. Es wird mir aber ein Leichtes sein, den Nach-weis zu führen, daß hierbei teils stark übertrieben, teils tatsächlich Unrichtiges als wahr erwiesen hin-gestellt worden ist. Wenn der Frankfurter Ver-treter von den vielen Lebertritten ungarländischer Mitglieder spricht, so möge ihm gesagt sein, daß in Budapest höchstens 15 Portefeuller, und zwar im Fachverein der Sattler u. w. organisiert sind, der ja mit dem unsrigen ein und derselben internationalen Vereinigung ange-schlossen ist, also mit unserem Verbands im Gegenseitigkeitsverhältnis steht. Was die Frey-vergold in Offenbach betrifft, so machen Sie sich nur keine Illusionen, als lägen die Verhältnisse hier so wie in Leipzig oder Berlin. Die wenigen in Preßerei beschäftigten Personen sind keine Frey-vergold, sondern zum weitaus größten Teil Präger. Hier wird fast ausschließlich für Leder-warenfabriken gearbeitet und neben die Kollegen im innigen Konnex mit den Portefeullern. Nach dem Beispiel, den Sie dem Koll. Aloth gezollt haben, muß man zur Auffassung kommen, als seien Sie der Ansicht, Aloth habe in allen Punkten recht. Er sei das unschuldige Lämmlein, das kein Wasser trinken könne. Ich werde mich der unangenehmen Aufgabe unterziehen, Ihnen das Gegenteil zu beweisen. Nach der Erklärung Aloths auf unserem diesjährigen Verbandstag in Köln, er wolle auf die alten Verhältnisse zwischen unseren Verbänden nicht eingehen, durfte ich mit Aug und Necht annehmen, auch heute würden wir uns nur mit evtl. Differenzen, die nach der Ver-schmelzung in Erscheinung getreten sind, beschäfti-gen. Doch die Erfahrung wählte mich, auf alles vorbereitet zu sein, weil ja ohne das Zurückgreifen auf Geschichtnisse vor 8-10 Jahren die Anlagen in ein Nichts zerfallen würden. Ich habe allerdings nur die Korrespondenz von der Zeit nach der Ver-schmelzung mitgebracht. Ich bin bereit, einer be-sonderen Kommission das ganze Material zur Prü-fung zu unterbreiten.

Als wir die Einladung zu Ihrem Ver-bandsstage am 30. April d. J. erhielten und die beigelegte Tagesordnung sowie die dazu ge-stellten Anträge einer Durchsicht unterzogen, be-merkten wir, daß auf den von uns unter dem 12. März d. J. gestellten Antrag, wonach Ihr nächster Verbandstag eine Veränderung des § 11 Ihres Statuts herbeiführen solle, um die Portefeuller in Zukunft als alleiniges Agitationsgebiet unserm Verbands zu überlassen, keinerlei Rücksicht genommen wurde, hielt es unser Vorstand für un-zweckmäßig, unsererseits Ihren Ver-bandsstag zu beschiden, da wir nicht nur aus Höflich-keit hier vertreten sein wollten, sondern auch eine Klärung der Differenzen herbeizuführen beabsich-tigt sind, was aber nach dem uns eingehenden Material bei Ihnen nicht vorgesehen war. Nachdem Ihr Vorstand in einem Schreiben vom 20. Mai d. J. seine Einladung nochmals mit der Ver-sicherung wiederholte, unter dem Punkt „Geschäfts-bericht“ das nötige sagen zu wollen und in der sich daran anschließenden Diskussion zur Beilegung zu bringen. Da wurde bei uns die Entscheidung be-schlossen und ich mit der Delegation betraut. Aller-dings kann ich aus Zeitmangel nur bis zur Ven-digung dieses Punktes unter Ihnen verweisen.

Mit Verneuerung haben wir den Passus in Ihrem Geschäftsbericht: „Der Deutsche Buchbinder-Verband 1909“ auf Seite 112 und 113 gelesen, da heißt es:

„Leider müssen wir konstatieren, daß der Sattler- und Portefeuller-Verband den von ihm entworfenen und beantragten Kartellvertrag selbst nicht immer beachtet, indem er Mitglieder unseres Verbandes aufnimmt, ohne unsere Zustimmung einzuholen; ja, sie gegen unseren ausdrücklichen Widerpruch behält.“

Nun bestimmt aber der § 2 des Kartellver-trags ausdrücklich: „Ohne Zustimmung der beteilig-ten Verbandsvorstände dürfen Mitglieder der beiden vertragschließenden Organisationen nicht von einer in die andere überzutreten.“ Außerdem hat sich der Portefeuller-Verband 1904 auf seinem Verbandsstage auf Erträgen der Generalkommission und als Vorbedingung für den Anschluß an die-selbe verpflichtet müssen, auf die Sattlerarbeiter zu verzichten. Das hinderte ihn und den jetzigen Sattler- und Portefeuller-Verband aber keines-

wegs, unsere Mitglieder, noch dazu sogar Etuis-arbeiter, wie vor kurzem in Klein-Steinheim bei Hanau, zu sich herüberzuziehen, deren Lebertritt der Hauptvorwand jenes Verbandes selbst gutheißt, ohne uns auch nur zu fragen. In Solingen ver-suchte der 2. Vorsitzende des Sattler- und Portefeuller-Verbandes, Genosse Weinschild, in gleicher Weise, Sattlerarbeiter-Mitglieder uns abzuwerben zu machen, indem er sie für Portefeuller erklärte und indem er sogar Adressen solcher „Portefeuller“ von unserem Bevollmächtigten in Solingen verlangte. Es ist selbstverständlich, daß unsere Mitglieder und Funktionäre derartigen unlauteren Agitationen energisch entgegenzutreten haben, zumal die Portefeuller- und Lederfabrikantenarbeiter mit zu unserem Organisationsgebiete gehören, das abzu-treten wir rüch-sichtslos ablehnen müssen, da eine Grenz-scheide schwer gezogen werden kann.“

In dem Bericht des Vorstandes an den Ver-bandsstag heißt es auf Seite 2:

„Unserquälteste im höchsten Grade gestattete sich unser Verhältniß zum Sattler- und Portefeuller-verbände infolge der zahlreichen Verkäufe, welche sich dieser Verband gegen den Kartellvertrag und gegen die damit im Zusammenhang stehenden all-gemein gültigen gewerkschaftlichen Grundsätze zu-schreiben kommen ließ. Man fragt sich unwillkür-lich, warum beantragte der genannte Verband die Erneuerung des Kartellvertrages, wenn er ihn nicht einhalten will? Von Einzelheiten sehen wir hier ab, da sie auf dem Verbandstage in Anwesen-heit eines Vertreters des Sattler- und Portefeuller-Verbandes dargelegt werden sollen.“

Welchen wir der Sache auf den Grund, so muß ich sagen: „Niet Värm un nichts!“

1. Wird in dem Geschäftsbericht behauptet, wir hätten Mitglieder des P.-V. ohne Zustimmung des Vorstandes der Buchbinder aufgenommen. Dazu habe ich zu bemerken:

Vom Koll. Fardor ging uns unter dem 6. 1. 10. ein Schreiben zu, ob wir gegen den Lebertritt des Koll. Friedrich Aloth etwas einzuwenden hätten. Wir gaben dem Lebertritt sofort unsere Zustimmung und benachrichtigten unsere Verwaltung in Klein-Steinheim noch selbigen Tages von unserem Beschluß.

Unser dortiger Kassierer erwiderte uns unter dem 13. 1. 10, daß der Genosse August Schmidt, der mit Aloth in einem Geschäft arbeite, schon jahre-lang bemüht ist, Mitglieder aus unserem Verbands in den P.-V. zu bringen, weshalb an Orte ein ge-spanntes Verhältnis zwischen den Mitgliedern beider Organisationen besteht.

Mittlerweile meldeten sich noch die Mitglieder Adrian Born und Volender zum Lebertritt in unsern Verband. Wir wollten die Gründe wissen, worauf unser dortiger Kassierer uns mitteilte, daß dies Sache der drei Kollegen selbst ist. Unser Haupt-kassierer, der wohl nicht wußte, in welcher Weise die Angelegenheit geregelt werden sollte, vollzog die Leber-schreibung. Ihr Vorstand legte dagegen Pro-test ein. Wir machten die Verwaltung in Klein-Steinheim darauf aufmerksam, wobei wir noch mit-teilten, daß die Mitgliedschaft der drei Kol-legen in unserem Verbands eideschwen ist. Dies geschah am 12. März 1910.

Am 17. März sandten diese drei Kollegen uns eine gefahrnisste Erklärung, wonach sie ihren Aus-schluß aus unsern Verband für un-errechtigt hielten, da durchaus kein Grund vorläge, sie in den P.-V. hineinzutreiben. Sie ver-baten sich solchen „Subhandel“ und meinten, nie und nimmer werden sie in den P.-V. wieder eintreten. Von dem Inhalt gaben wir dem Vorstand des P.-V. am 24. 3. 1910 Kenntnis, mit der Bemerkung, daß der Brief zur Einsicht für den Vorstand in unserem Bureau ausliegt. Wir waren nämlich naiv genug, zu glauben, es liege Ihrem Vorstande daran, Diffe-renzen auf gültlichem Wege zu regeln, ein Mitglied Ihres Vorstandes also gelegentlich einmal bei uns vorzusprechen würde. Wir haben uns getäuscht und sind um eine Erfahrung reicher. Wir sind nun der Meinung, die öffentliche Anlage gegen uns ist nun deswegen überflüssig gewesen, weil ja nachweislich von Mitgliedern des P.-V. unlautere Agitation z. B. bei der Firma Raschig, Berlin, getrieben worden ist, wo zweien unserer Mitglieder vorgerebet wurde, sie sollen nur überzutreten, einer von ihnen hätte das auch schon getan.

Gewiß, wir haben auf dem Verbandstage 1904 einen Antrag angenommen, das Wort „Etuis-arbeiter“ in unserem Statut zu streichen. Von ihrem Vertreter Böttcher war uns in Aussicht gestellt, daß auch sie das Wort „Portefeuller“ streichen werden. Befanulich ist dies auf ihrem Verbandsstag in Dresden abgelehnt. Es ist uns nicht eingefallen, seit der Zeit unter den Etuis-arbeitern Agitation zu treiben, obgleich ich in der Lage war, auf ihrem Verbandsstage in Nürnberg entpfr. Material aus Hanau vorzulegen. In Nürn-berg war es auch, wo Aloth uns dieselben Vorwürfe über unlautere Agitation machte. Wir haben doch damals eingehend das Material geprüft und wurde

ihren Offenbacher Verwaltung aufgegeben, die An-gelegenheit in einer Sitzung zu behandeln. Diese Sitzung hat stattgefunden. In dieser wurde eine Erklärung im Papier gebracht, daß mit der Vor-wurde der unlauteren Agitation zu Un-recht gemacht worden ist. Diese Erklärung muß doch in ihren Händen sein, denn es wurde da-mals beschlossen, sie ihnen zuzusenden.

Wozu also die persönlichen Verunglimpfungen und Vorwürfe von vor 6-10 Jahren, die in ein Nichts zusammenfallen, wenn sie objektiv beurteilt werden.

Wenn ich keinen besonderen Anlaß hier auf dem Verbandsstag bekomme, werde ich auch nicht auf die Vorgänge, die sich am Ende 1908 abspielten, eingehen. Ich möchte aber doch bitten, bei später vorkommenden Differenzen, die weder der Verband, den ich hier ver-trete, noch ich selbst wünsche, solche beleidigende und ins persönlich Gehässige eingreifende Zuschriften und Veröffentlichungen zu vermeiden. Damit komme ich zu den Vorgängen vom Herbst vergangenen Jahres.

Am 25. 12. 09 stand ein Artikel in Ihrer Zei-tung, worin ich und mein Koll. Schneider beschuldigt wurden, in Solingen unlautere Agitation getrieben zu haben.

So wie die Beschuldigungen meine Person be-treffen, erkläre ich, daß es mir niemals eingefallen ist, ein Mitglied des P.-V. zu überreden, zu unserem Verbands überzutreten, oder zu diesem Zwecke Adressen von ihrem dortigen Bevollmächtigten zu verlangen.

Folgender Vorgang entspricht den Tatsachen:

Bei meiner Anwesenheit in Solingen teilte mir unser Vertrauensmann mit, daß er mit dem Bevoll-mächtigten Klein des P.-V. verabredet hat, daß die Mitglieder des P.-V. in die von ihm arrangierte Versammlung kommen sollten. Um festzu-stellen, was in dieser Sache geschehen ist, ging ich mit unserem Vertrauensmann zur Arbeitsstätte des Klein, woselbst er mir bestätigte, daß er im P.-V. Organisierten geladen hätte. Nur bedauerte er, daß die Versammlung im Gewerkschaftshaus stattfände. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß durch diese Ver-sammlung die Lohnbewegung eingeleitet werden kann und wollte noch an den Gauleiter Groenhoff schreiben, er möchte ebenfalls anwesend sein. Aber nur ein einziges Mitglied des P.-V. war in der Versammlung erschienen, das sein Ersinnen über die Abwesenheit der übrigen Mitglieder des P.-V. ausdrückte.

Ausdrücklich betone ich, daß ich nicht nach Adressen der Portefeuller verlangt habe. Schon vorher hatte ich wegen der Scheidenmacher mit den Vänten des Metallarbeiter- und des In-dustriearbeiterverbandes Rücksprache genommen. Von Ihrem Bevollmächtigten wollte ich nur die Adressen des Fabrikanten A., die er mir aber verweigerte, weil er befürchtete, ich wollte den Fabrikanten A. in unseren Verband aufnehmen, der sich bereits beim P.-V. gemeldet hatte. Ich warnte ihren Be-vollmächtigten, den Fabrikanten aufzunehmen und dies war mein Verbrechen.

In seinem Briefe vom 22. 3. fragt Koll. Aloth, „was hat Weinschild in Erlangen zu suchen?“ Schon seit dem Jahre 1903 hat der W. d. S. in Erlangen eine Ortsverwaltung. Nun habe ich im Auftrag unseres Vorstandes eine größere Tour unternommen, dabei Erlangen berührt und selbstverständlich eine Versammlung für Sattler und Portefeuller abgehalten. Denn der P.-V. hatte schon vor der Verschmelzung Mitglieder in Erlangen, die bisher zu Nürnberg, nach der Verschmelzung aber zu Erlangen gezählt wurden. Wir hatten damals 20, jetzt 28 Mitglieder dort. Nun wird es uns doch wohl auch ohne Erlaubnis Ihres Vor-standes gestattet sein, daß ein Mitglied unseres Vorstandes in einer Versammlung in Er-langen spricht. Warum führe ich aber solche Kleinig-keiten an? Lediglich deswegen, weil immer und immer wieder versucht wird, kleine Differenzen auf-zubauschen, anstatt diese in Güte zu regeln.

Ich meine, und der Verband, den ich hier ver-trete, ist derselben Ansicht, wir wollen befreit sein, im Interesse der Arbeiterschaft Differenzen zu ver-meiden, wo sie aber dennoch vorkommen, in gegen-seitiger Achtung dieselben ausgleichen. Die ge-pflogene Korrespondenz, die ich bereit bin, einer un-parteiischen Kommission zur Beurteilung vorzu-legen, möge beweisen, ob das immer geschehen ist und wer der Schuldige ist. Ich bin fest überzeugt, Ihr Vorstand wird sich dann veranlaßt fühlen, die Veröffentlichung in den beiden Geschäftsberichten zu widerrufen, wenn nicht gar zu berich-tigen. Nun zu dem Kartellvertrag selbst. Mein Vorstand ist der Ansicht, wenn der Kartellvertrag von beiden Teilen loyal gehandhabt wird, sind weitgehende Differenzen unmöglich, und wir können deshalb ein Weiterbestehen des Vertrages befürworten. Sind sie aber der Ansicht, unter den Portefeullern un-gelindert agitieren zu dürfen und wir sollen ohne jegliches Bedenken und ohne Zustimmung der bei uns organisierten Etuisarbeiter selbst, sie Ihrem Verbands zu führen, dann kann

ich Ihnen nur erklären, daß wir da nicht mitmachen. Da belassen wir es einfach bei den Bestimmungen des letzten Gewerkschaftskonferenzen. Wir hoffen, bei den vielen Berührungspunkten, die wir auf dem Gebiete der Tarifgemeinschaft haben, daß das Verhältnis zwischen uns ein friedlich-friedliches sein wird und daß Sie, wie wir seit der Verschmelzung, mit Beschwerden nicht eher an die Öffentlichkeit gehen, bis ein einwandfreies Ergebnis vorliegt. Arbeiten wir in diesem Sinne, dann haben die Mitglieder beider Organisationen den größten Vorteil davon und das soll doch wohl der Zweck der Verbände überhaupt sein.

Klein-Nürnberg: Die im V.-V. organisierten Portefeuller werden in den Wertstätten vor die Alternative gestellt, entweder dem S. u. P.-V. beizutreten, oder sie werden am Ende der Saison aus der Beschäftigung gebracht. Die Verwaltung Nürnberg hat beschlossen, jetzt genau so rücksichtslos unter den bereits organisierten Portefeullern zu agitieren. Dann verwarf er noch den Ortsbeamten Weinsäcker gegen den Vorwurf, er habe den Nürnberger Portefeullern wohl empfohlen, für die Verschmelzung zu stimmen, aber dann dem V.-V. beizutreten.

Groenhoff-Eberfeld: Bis vor kurzer Zeit war der S. u. P.-V. in Solingen nicht vertreten (?? E. M.). Jetzt hat er dort einige Mitglieder. Der Gauleiter Schneider des S. u. P.-V. beansprucht die Portefeuller für sich, die aber doch dem V.-V. gehören. Es wäre besser gewesen, wenn die Portefeuller lieber zu den Buchbindern als zu den Sattlern gegangen wären. Da es schwer ist, eine Grenze zu ziehen, hat eine kombinierte Sitzung der Ortsvereinigungen beider Organisationen in Solingen folgende Vereinbarung

Vereinbarung

getroffen:

1. Um Mißverständnisse in der Agitation zu beiseitigen, fallen die reinen Lederwarenfabriken wie Rossow, Kieger und Hermes dem S. u. P.-V. zu. Selbiger verpflichtet sich, die dort Beschäftigten zu organisieren, um bei eventuellen Lohnbewegungen geschlossen vorgehen zu können.

2. In den gemischten Betrieben, wo beide Verbände in Frage kommen, bleiben die schon organisierten in ihrer Organisation und die Unorganisierten finden nach Erwägung des Agitationskomitees Aufnahme in den in Frage kommenden Verband.

Würgberger-Berlin bezieht die Richtigkeit der Darstellung Ws. über das Vorkommnis bei Kaschig und meinte, es sei unbedingt richtig, wenn in einem Betriebe, dessen Arbeiter bis auf zwei, die dem S. u. P.-V. angehören, Mitglieder des V.-V. seien, diese zwei dem V.-V. zugeführt werden müssen. Im Gegeßatz hierzu sagte ein anderer Vertreter, wenn alle Arbeiter eines Betriebes bis auf einen, dem S. u. P.-V. angehören, dieses eine Mitglied im V.-V. bleiben müsse. (Hierzu möchten wir bemerken, daß das erste falsch, das zweite aber richtig ist. D. V.)

Kloth wendet sich hierauf gegen die Polemik und den Ton Weinschilbs. Erlangen, Fürth und Nürnberg gehören eigentlich zum Agitationsgebiet des V.-V. In Zukunft wird der V.-V. nicht wieder so „gut nützig“ sein, wie seinerzeit in Nürnberg und den Lebertritt von 15 Kollegen so leichter Hand gestatten.

Wilhelm-Hamburg kann sich vorstellen, daß in einem Betriebe, dessen Arbeiter im S. u. P.-V. organisiert sind, dieser ein Mitglied einer anderen Organisation zu sich heranzuziehen sucht. Darüber sollte nicht so viel Staub aufgewirbelt werden. Aber einen Fingerzeig gibt die Debatte! Da es feststeht (?), daß die Portefeuller mit den Buchbindern mehr Berührungspunkte als mit den Sattlern haben, sollte mit Energie Agitation unter den Portefeullern getrieben werden. Auch wäre es an der Zeit, daß die G.-A. in diesem Sinne entscheidet.

Döblin (Vertreter der G.-A.): Das allerschwerwiegendste für die G.-A. ist das Thema der Grenzstreitigkeiten. Die Taktik der G.-A. ist: „Kinder, vertrat Euch!“ Die Frage ist nicht so zu lösen, daß der eine Teil behauptet, die müssen wir haben, der andere Teil aber auch auf demselben Standpunkt steht. Anstatt wegen dargebotener Fehler die Verhältnisse sich zuspitzen zu lassen, sollen beide Organisationen sich zu verständigen suchen.

Von der Ansicht ausgehend, daß eine weitere Debatte über diesen Punkt auf dem Verbandstage doch keine befriedigende Lösung bringen wird, beschränkte sich unser Vertreter auf die Erklärung, daß unserem Verbands und seinen Funktionären nichts ferner liege, als in Differenzen mit dem V.-V. zu leben. Sollte wieder einmal sich etwas ereignen, was zu Unstimmigkeiten Anlaß gibt, so sei eine gemeinschaftliche Aussprache geeigneter, als hier in aller Öffentlichkeit zu verhandeln.

In seinem Schlusswort ging Garder trotz dieser Erklärung nochmals auf die ganze Angelegenheit ein, wurde aber durch Kürze ermahnt, damit Schluss zu machen, wodurch die Delegierten unseres Er-

achtens befundeten, daß sie mit der Erklärung unseres Vertreters zufriedenge stellt sind.

Anmerk. d. M.: Wenn wir unsere Meinung zu diesen „Auseinandersetzungen“ sagen sollen, so kann sie nur lauten: „Getretener Quark wird breit, nicht hart!“

Anschließend hieran möchten wir unsere Mitglieder dringend ersuchen, die Bestimmungen des Kartellvertrages genau zu beachten. Geschieht dies auch auf Seiten des V.-V., so wird niemals Gelegenheit sein, solche unliebsame Debatten und Polemiken zu führen.

Zur übrigen hielt sich die Diskussion über den Geschäftsbericht auf der Höhe, woran einige kleine Anlässe an der Leitung der Zeitung, wie dem Ausschuß gegenüber, nichts ändern.

Dem Vorsitzenden wurde das Recht gegeben, sobald ihm des Internationalen Sekretariat angetragen wird, es anzunehmen.

Unter dem Punkte „Geschäftsberichte“ gab dann noch die im Februar d. J. stattgefundene Konferenz der Verbandsangehörigen zu einer ausgiebigen Kritik Anlaß. Von vielen Rednern wurde hervorgehoben, daß solche Zusammenkünfte durch keine Bestimmung des Statuts sich rechtfertigen lassen. Hiergegen betonten Vertreter des Zentralvorstandes und der Vorsitzende der G.-A., daß durch die Entwicklung der Gewerkschaften und in unserer schnelllebigen Zeit sich solche Konferenzen notwendig machen. Diese Einrichtung besitzen die meisten Verbände und zwar mit sichtbaren Erfolgen.

Von dem Redakteur wurde verlangt, daß er zu aktuellen sozialpolitischen Fragen, zur Arbeiter und zu der christlichen Organisation mehr als bisher Stellung nehmen solle.

Von den gefassten Beschlüssen sind hervorzuheben:

In namentlicher Abstimmung wurde die obligatorische Einführung der bisher fakultativen Anbahnunterstützung abgelehnt. Ein Antrag der Berliner Delegierten, nach dem unter den Mitgliedern der 4. Beitragsklasse eine Krabbinung über die obligatorische Einführung dieses Unterstützungs zweiges zu verhandeln ist, wurde angenommen. Ergänzt sich hier eine Mehrheit, so soll das Obligatorium am 1. Oktober 1910 in Kraft treten. Die Festsetzung von Pflichtbeiträgen für die Empfänger von Kranken- oder Arbeitslosenunterstützung wurde mit 40 gegen 27 Stimmen abgelehnt. Dagegen erklärte sich der Verbandstag mit allen gegen eine Stimme im Prinzip mit einer Erhöhung der Beiträge einverstanden.

Zur Frage der „Jugendorganisation“ wurde eine längere Resolution angenommen, wonach Lehrlinge mit dem 16. Lebensjahr der ersten Beitragsklasse zuzuführen sind und ihnen die für diese Klasse festgesetzten Unterstützungen gewährt werden können. Nach dem 16. Lebensjahre hat der Lebertritt in die höhere Beitragsklasse zu erfolgen.

Nach diesem Beschluß beträgt der Beitrag in der 1. Klasse 20, in der 2. 35, in der 3. 50 und in der 4. 80 Pf. Wird die Invalidenversicherung durch die vorzunehmende Krabbinung abgelehnt, so wird in der 4. Beitragsklasse 70 Pf. Beitrag erhoben. Lehrlinge und jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren und männliche Arbeiter, die nicht über 15 Wochenslohn verdienen, können ebenfalls in die 1. Beitragsklasse treten. Den weiblichen Mitgliedern steht es frei, in der 1. oder 2. Beitragsklasse, den übrigen männlichen, in der 3. oder 4. einzutreten.

Bei Streiks und Aussperrungen sollen die Mitglieder, die noch nicht 26 Wochen dem Verbands angehören, ihren vollen Beitrag, auch während der Unterstützungsdauer, weiter zahlen. Den Gauen und Zahlstellen soll von den Beiträgen 3, 4, 7 und 9 Pf. verbleiben für örtliche Ausgaben.

Beschlossen wurde ferner, daß die Arbeitslosenunterstützung entzogen werden kann, wenn ein Mitglied sich weigert, tariflich entlohnte Arbeit anzunehmen; ledige Mitglieder sind auch verpflichtet, unter denselben Bedingungen Stellung nach auswärts anzunehmen.

An Krankenunterstützung soll gezahlt werden:

In der 1. Beitragsklasse an männliche und weibliche Mitglieder:

nach 52 Wochenbeiträgen pro Tag 40 Pf. bis 16 Wk. = 40 Tage.

In der 2. Beitragsklasse an weibliche Mitglieder:

nach 52 Wochenbeiträgen pro Tag 40 Pf. bis 20 Wk. = 50 Tage,

nach 156 Wochenbeiträgen pro Tag 50 Pf. bis 25 Wk. = 50 Tage,

nach 260 Wochenbeiträgen pro Tag 60 Pf. bis 33 Wk. = 60 Tage.

In der 2. Beitragsklasse an männliche Mitglieder:

nach 52 Wochenbeiträgen pro Tag 40 Pf. bis 20 Wk. = 50 Tage,

nach 156 Wochenbeiträgen pro Tag 50 Pf. bis 25 Wk. = 50 Tage.

Einige andere Veränderungen am Krankenunterstützungsgesetz sind mehr redaktioneller Natur.

Zur Hinterbliebenenunterstützung wurde die folgende Skala angenommen:

Bodenbeiträge		3. Klasse:	
156	4 Wochen	7 Wk.	= 28 Wk.
260	6	8	= 48
520	8	10	= 80
780	10	12	= 120
1040	13	12	= 156

Bodenbeiträge		4. Klasse:	
156	4 Wochen	8 Wk.	= 32 Wk.
260	6	10	= 60
520	8	12	= 96
780	10	14	= 140
1040	13	15	= 195

Die Höhe der Anzugsunterstützung beträgt für männliche Mitglieder nach einer Mitgliedschaft und Beitragsleistung von:

104 Wochen in Klasse 3=15 Wk., in Klasse 4=20 Wk.	156	3=20	4=25
208	3=25	4=30	
260	3=30	4=35	
312	3=35	4=40	
364	3=40	4=45	
416	3=45	4=50	
468	3=45	4=55	
520	3=45	4=60	

Den weiblichen Mitgliedern der 2. Beitragsklasse kann die Hälfte der für männliche Mitglieder der 4. Klasse vorgesehenen Unterstützungsfähigkeit gewährt werden.

Weiblichen Mitgliedern der 1. Beitragsklasse und männlichen Mitgliedern der 2. Beitragsklasse wird Anzugsunterstützung nicht gewährt.

Die Taktik bei Lohnbewegungen“ wurde in geschlossener Sitzung behandelt. Die beschlossenen Richtlinien geben dahin, die für bestimmte Wirtschaftsgebiete bestimmten Tarife zu Reichstarifen umzugestalten.

Eine Verschmelzung der Verbände der Buchdrucker, Lithographen, Buchdruckerhilfsarbeiter und Buchbinder scheint nach den auf dem Verbandstage gepflogenen Debatten in weite Ferne gerückt zu sein. Die Delegierten waren mit dem Referenten für einen Zusammenschluß, welchen auch der Vertreter der Lithographen lebhaft befürwortete. Der Vorsitzende des Buchdruckerhilfsarbeiterverbandes halt die technischen und organisatorischen Verschiedenheiten für derartig schwierig, daß ein Vorreife der organischen Entwicklung der einzelnen Gewerkszweige eher schädigend wirken würde. Erst wenn mehr Nehmlichkeit zu verzeichnen sein wird, dann ist es Zeit, der Gründung eines Industrieverbandes näher zu treten. Bis dahin wolle man sich mit der Bildung graphischer Kartelle an den einzelnen Orten begnügen, in denen der Boden für einen Industrieverband vorbereitet werden kann.

„Gewöhnung an die Unfallfolgen.“

G. Bekantlich trachten die Berufsangehörigen danach, die „kleinen Renten“ möglichst in Wegfall zu bringen. Auch der Entwurf zur Reichsversicherungsordnung nimmt zu dieser in den letzten Jahren lebhaft erörterten Frage Stellung. Von einer grundsätzlichen Verringerung der kleinen Renten, wie sie natürlich schon vielfach — namentlich im preussischen Unterparlament — befürwortet ist, steht die Vorlage zwar ab; jedoch hofft man auf anderem Wege auch zum Ziele zu gelangen.

Die §§ 654 und 655 der Reichsversicherungsordnung gehen von dem Gedanken aus, daß Folgen eines Unfalles, die mit Renten bis zu 20 Proz. entschädigt werden, vielfach in einer von vornherein überschaubaren Zeit durch „Anpassung und Gewöhnung“ in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung wegfallen oder sich doch wesentlich mildern. In solchen Fällen läßt der Entwurf zu, daß bei der ersten Feststellung die Rente von vornherein nach der vorausschätzlichen Dauer der Einbuße an der Erwerbsfähigkeit nur auf eine bestimmte Zeit bewilligt wird. Bleibt dann entgegen der Voraussicht über diese Zeit hinaus eine meßbare Einbuße an der Erwerbsfähigkeit als Folge des Unfalles zurück, so steht es dem Verletzten frei, die fernere Gewährung der Rente zu verlangen. Um weiter dem Bezuge der Unfallrente neben dem Bezuge des vollen Lohnes, wie ihn der Verletzte ohne den Unfall beziehen würde, entgegenzuwirken, sieht der § 704, Ziffer 2, für solche Fälle und für die Zeit, solange das zutrifft, insoweit ein Ruhen der Rente vor, da dann der Verletzte durch die Folgen des Unfalles in seinem Erwerb nicht geschädigt sei. In ähnlicher Weise sieht der § 704, Ziffer 3, dem entgegenzuwirken, daß der Rentenempfänger auf Kosten der Berufsangehörigkeit geeignete Gelegenheit zu Lohnarbeit ohne triftigen Grund undenkbar läßt. Auch in solchen Fällen ruht die Rente insoweit, als sie zusammen mit dem veräumten Verdienste den Lohn übersteigt, den der Rentenempfänger ohne den Unfall beziehen würde.

Dies sind ausnahmslos Verschlechterungen gegenüber dem heutigen Rechte. Als weitere Verschlechterung ist dann noch zu erwähnen die Kapitalabfindung für Rentner bis zu 20 Proz., die ohne Antrag des Verletzten vorgehen. Heute kann die Abfindung nur auf Antrag des Verletzten erfolgen. Ebenso darf die Rente nicht höher wie 15 Proz. sein.

Trotzdem die Reichsversicherungsordnung noch keine Gesichtspunkte enthält und auch noch gar nicht voranzusehen ist, ob und wann sie zum Gesetz erhoben wird, so müssen die Verletzten unter den jetzigen Unfallversicherungsregeln ebenfalls jeden Augenblick mit der Minderung oder Entziehung der „kleinen Renten“ rechnen. Hierfür kommt heute der § 88 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes in Betracht. Der Absatz 1 desselben lautet: „Tritt in den Verhältnissen, welche für die Feststellung der Entschädigung maßgebend gewesen sind, eine wesentliche Veränderung ein, so kann eine anderweitige Feststellung erfolgen.“ Die Anwendbarkeit des § 88 ist bei Verletzten namentlich dann gegeben, wenn deren Gesundheitszustand, soweit er mit dem Unfall in ursächlichem Zusammenhang steht, in einem die Erwerbsfähigkeit beeinflussenden Maße sich bessert oder verschlechtert. Die Besserung muß ferner eine für die Erhöhung der Erwerbsfähigkeit wesentliche sein. Nur die Anwendung des § 88 bildet aber keine Grundlage der Umstände, daß ein in seiner Erwerbsfähigkeit infolgedessen geschädigter Verletzter in einer anderen Stellung ein höheres Einkommen als in dem Betriebe bezieht, in welchem er verunglückte. Bei der schwanke Rechtsprechung der Schiedsgerichte und des Reichsversicherungsamts sucht man mit der Höhe des Lohnes natürlich immer die etwaige Minderung oder Entziehung zu rechtfertigen.

Ebenso spielt der Begriff „Gewöhnung an die Unfallfolgen“ eine große Rolle. Während im Jahre 1908 die Section I der Nordwestlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft zu Hannover bereits eine Zusammenstellung von Entscheidungen des Reichsversicherungsamts über Finger- und Augenverletzungen mit Gegenüberstellung der betreffenden Schiedsgerichtsurteile herausgegeben hat, ist jetzt im Verlage der Firma V. Schwamm in Düsseldorf vom dortigen Landes-Medizinalrat, Professor Dr. Viniger in Düsseldorf, eine Zusammenstellung von Finger- und Handverletzungen nach den neuesten Entscheidungen des Reichsversicherungsamts erschienen.

In seiner Einleitung betont der Herr Professor, daß eines der wichtigsten Kapitel in der Unfallchirurgie die Art der Behandlung von Verletzungen der Arbeiterhand bilde. Finger- und Mittelhandverletzungen bildeten über 40 Proz. der gemeldeten Unfälle, bei einzelnen Berufsgruppen bis zu 70 Proz. bei den Holzberufsgenossenschaften ist dieser Prozentsatz noch weit höher. Für die Folgen derartiger Hand- und Fingerverletzungen würden nun häufig außerordentlich hohe Rentenbeträge bezahlt, z. B. von der Rheinischen landwirtschaftlichen Berufs-genossenschaft allein pro Jahr 500 000 M., bei den Rheinischen Berufsgruppen zusammen annähernd wohl das Doppelte. Wie viele dieser Unfälle auf mangelhafte Unfallverhütungsvorschriften zurückzuführen sind, ist aus der genannten Broschüre nicht zu erfahren. Nachdem die Behandlung usw. der Finger- und Armerverletzungen einer Betrachtung unterzogen, kommt Professor Viniger dann auch auf die Gewöhnung an die Folgen derartiger Fingerverletzungen zu sprechen. Durch Gewöhnung soll im Laufe der Zeit eine ganz erhebliche Hebung der Gebrauchsfähigkeit der Hand eintreten. Die Unfallfolgen frühzeitig als dauernd zu bezeichnen, möge der Arzt in seinem Gutachten vermeiden.

Der Herr Professor betont, daß er im Laufe der letzten Jahre Tausende von alten Fingerverletzungen untersucht und begutachtet und bei selbst erheblichen Vermutungen und wesentlichen Vereisungen wichtiger Finger eine derartige Gewöhnung habe feststellen können, daß die Leute ihre frühere Arbeit, es waren selbst höher ausgebildete Arbeiter, wie Tischler, Schlosser, Schmiede, Ferner Frauen darunter, ohne jede Minderung der Arbeitsfähigkeit verrichten konnten. Diese Verletzungen sollen bei Ausübung der früheren Arbeit denselben Lohn wie vor dem Unfall, sogar zum Teil einen wesentlich höheren verdient haben. Ein vorläufiges Damenglied, eine verlorene Mittel-, Ring- oder Mittelfinger, halten nach Ansicht des Professors dauernd keinen wesentlichen Nachteil zur Folge, ebensol sei selbst bei Verlust von Zeigefinger und von Ring- und Grundglied des Daumens, sowie von Verlust mehrerer Finger eine völlige Ausschließung der Gebrauchsfähigkeit beobachtet worden. Die Schiedsgerichte wie auch das Reichsversicherungsamt nehmen nun immer mehr den Eintritt einer wesentlichen Besserung infolge „Gewöhnung“, namentlich beim Verlust von Fingern resp. Fingergliedern an. Diese Art Rechtsprechung bezeichnet der Herr Professor als eine durchaus richtige und einwandfreie. Derselben Standpunkt nehmen heute leider eine ganze Anzahl Bezirke ein, namentlich solche, die in ihrer Eigenschaft als Vertrauensärzte beim Schieds-

gerichte gleichzeitig noch als Vertrauensärzte der Berufsgruppen fungieren.

In welcher Weise nun die Rentenentziehungen vorgenommen werden, darüber einige Beispiele: Einem Tagelöhner entzog das Reichsversicherungsamt für den Verlust des rechten Ringfingers die Rente, da angenommen werden müsse, daß gegenwärtig vollkommene Anpassung und Gewöhnung an den veränderten Zustand eingetreten und die somit von dem Ringfinger geleistete Arbeit von den anderen Fingern der rechten Hand übernommen worden ist. Den Verlust des Mittelfingers der rechten Hand hatten u. a. ein Maschinenbauer, ein Treher, ein Hilfsarbeiter, eine Frau usw. zu beklagen und in allen diesen Fällen erfolgte nach kürzerer oder längerer Zeit die Entziehung der Rente. Ebenfalls erfolgte die Aufhebung der Rente beim Verlust des linken Ringfingers einem Holzbildhauer, Tischler, Eisenbrecher usw. gegenüber. Nach kurzer Zeit erfolgte beim Verlust des Mittelfingers der linken Hand die Entziehung der Rente bei einem Schlosser, Dreher, Tischler usw., also alle qualifizierten Arbeiter. Heute will man beim Verlust des Mittelfingers der linken sowie auch der rechten Hand, ebenso des linken Ringfingers Rente überhaupt nicht mehr gewähren. Die Gewöhnung an den Zustand wurde weiter noch angenommen bei einem Dreher und Zimmerer, die den linken Mittelfinger eingebüßt und dafür eine zeitlang Rente bezogen hatten. Ein Schlosser und ein Kreisagrarbeiter hatten am rechten Mittelfinger den Verlust von je zwei Gliedern zu beklagen. In beiden Fällen erfolgte die Aufhebung der Rente. Selbst beim Verlust von zwei Gliedern des rechten, sowie des linken Zeigefingers entzog das Reichsversicherungsamt die Rente einem Schmied, Arbeiter, Tischler, Dreher usw. Das erste Glied des rechten Daumens hatte ein Maurer eingebüßt. Bei ihm wurde Gewöhnung angenommen und somit die Rente entzogen. Dasselbe geschah einem Zimmerer, Maschinenarbeiter und Schlosser gegenüber beim Verlust des ersten Gliedes des Daumens der linken Hand.

In welcher Weise die Berufsgruppenentscheidungen vorgehen, dafür zum Schluß noch ein Beispiel: Ein Arbeiter hatte sämtliche Finger bis auf den Daumen der rechten Hand eingebüßt. Hierfür bezog er eine Rente von 60 Proz., die ihm laut Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 11. März 1907 um 10 Proz., also bis auf 50 Proz., gekürzt wurde. Es wurde angenommen, daß der Kläger sich in wesentlichem Umfange an die Unfallfolgen „gewöhnt“ habe. So sehen wir leider, wie die „angenommene Gewöhnung“ immer mehr bei den Rentenfestsetzungen und -Entziehungen herhalten muß. Aufgabe des Reichstages wird es sein, beim Wiedereinbringen der Reichsversicherungsordnung darauf zu achten, daß die Rechtsprechung anstatt noch mehr verschlechtert, eine Verbesserung erfährt.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1909.

Ausbreitung und Umfang der Gewerkschaftskartelle.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht in einer zur Nr. 23 des „Correspondenzblattes“ herausgegebenen Zeilage die Statistik über „Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1909“. Diese Arbeit gewährt wieder wie die Statistiken der früheren Jahre ein anschauliches Bild von einem bestimmten Teil gewerkschaftlicher Tätigkeit. Die Wirksamkeit der Kartelle liegt auf örtlichem Gebiet; sie sind dazu berufen, die Gewerkschaftsmitglieder an Ort zu einem organischen Ganzen zusammenzuführen, die in ihrem Tätigkeitsbereich der gewerkschaftlichen Entwicklung entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen, um damit der Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegung den Boden zu bereiten.

Während des Berichtsjahres hat sich der Bestand der Kartelle um 31 vermehrt. 1908 betrug die Zahl derselben 623 und am Schlusse des Jahres 1909 654. Von den 654 Kartellen sind 619 = 94,65 Proz. an der Statistik beteiligt. Der Ausfall von 35 Kartellen aus der Statistik ist zwar bedauerlich, jedoch wird dadurch das Resultat derselben nur unerheblich beeinflusst, da es sich in der Hauptsache nur um kleinere Kartelle mit geringeren Mitgliederzahlen handelt.

Aus der Berichterstattung der Kartelle über die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften und Mitglieder läßt sich bereits erkennen, daß der im Jahre 1908 bei den Zentralverbänden stattgefundenen Rückgang an Mitgliedern im Jahre 1909 wieder ausgeglichen wurde. Die Zentralverbände haben die ihnen durch die wirtschaftliche Krise auferlegte Belastungsprobe gut überstanden. Das innere Gefüge der Organisationen konnte nicht erschüttert werden, es ist im Gegenteil festiger denn je. Der stattgefundene Rückgang der Mitglieder stellt sich nur als eine flüchtige Unterbrechung des Wachstums der Ver-

bände dar. Mit vermehrter Kraft geht es wieder aufwärts!

Den 619 an der Statistik beteiligten Kartellen sind 8548 Gewerkschaften mit 1 619 666 Mitgliedern angeschlossen. Davon sind Zweigvereine von den der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbänden 8520, die zusammen 1 612 449 Mitglieder zählen. Im Jahre 1908 wurden 8400 Zweigvereine mit zusammen 1 555 101 Mitgliedern als den Kartellen angeschlossen gezählt. Das ist ein Mehr von 120 Zweigvereinen und 57 348 Mitgliedern. Nur zu einem geringen Teil ist diese Zunahme auf das Konto der 13 Kartelle zu setzen, die an der diesjährigen Statistik mehr beteiligt sind. Es kommt vielmehr dabei das Wachstum der Mitgliederzahlen der Zentralverbände zum Ausdruck.

Die Zahl der den Kartellen nicht angeschlossenen Zweigvereine der Zentralverbände ist von 394 auf 330 zurückgegangen. Es wäre nur zu wünschen, daß sich auch in der Folgezeit die Zahl der nicht angeschlossenen Zweigvereine ständig verringert, so daß deren Zusammenfluß auf örtlichem Gebiet schließlich als ein vollständiger angesehen werden kann.

Es sind dann noch außer den Zweigvereinen der Zentralverbände den Kartellen insgesamt 25 sonstige Gewerkschaften mit zusammen 7217 Mitgliedern angeschlossen. Es kommt dabei hauptsächlich der Verband der süddeutschen Eisenbahnarbeiter in Betracht, welcher mit 23 Zweigvereinen, die 6840 Mitglieder zählen, den Kartellen angeschlossen ist. Ferner sind noch angeschlossen der Verband der technischen Bühnenarbeiter mit 4 Zweigvereinen, welche 334 Mitglieder zählen, und schließlich dem Bremer Kartell ein Zweigverein des Verbandes der Reidner mit 43 Mitgliedern.

Außer den vorbezeichneten Gewerkschaften gehören noch den Kartellen Organisationen an, die zwar wirtschaftliche Ziele verfolgen, jedoch nicht als Gewerkschaften angesprochen werden können.

Es sind dieses folgende: Der Verband der freien Gajnwirte mit 19 Zweigvereinen; der Verband der Hausangestellten und Dienboten mit 3069 Mitgliedern in 18 Zweigvereinen; ferner ein Zweigverein des Verbandes der Gäubäuer.

Teilen wir die Kartelle in 4 Gruppen ein, so stellt sich der Umfang derselben nach der Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften folgendermaßen dar: Es sind angeschlossen 429 Kartellen (1908: 419); 2-15 Gewerkschaften; 140 Kartellen (1908: 141); je 16-30 Gewerkschaften; 44 Kartellen (1908: 30); je 30-50 Gewerkschaften und 6 Kartellen (1908: 7); je über 50 Gewerkschaften.

Die Bedeutung der Kartelle wird jedoch nicht lediglich bestimmt durch die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften, sondern es kommen dabei auch deren Mitgliederzahlen in Betracht. Es sind angeschlossen 255 Kartellen (1908: 240) je bis 500 Mitglieder; 314 Kartellen (1908: 312) je 501-5000 Mitglieder; 40 Kartellen (1908: 44) je 5001-25 000 Mitglieder und 10 Kartelle (1908: 9) haben einen Bestand von über 25 000 Mitglieder.

Aus den zum Vergleich gegenübergestellten Zahlen der Jahre 1908 und 1909 ist ersichtlich, daß sich die kleineren Kartelle vermehrt haben. Bei der Erweiterung des Kartellbestandes kommen eben nur noch kleinere Orte in Frage, da größere oder solche mit erheblicher gewerblicher Bevölkerung schon Kartelle besitzen. Zu der Gruppe der Kartelle mit über 25 000 Mitgliedern gehören die Orte: Berlin (231 911), Chemnitz (25 842), Dresden (53 140), Frankfurt a. M. (32 365), Gamburg (98 645), Danneberg (34 982), Leipzig (60 718), München (56 332), Nürnberg (40 265), Stuttgart (25 719). Sämtliche 10 Kartelle haben seit 1908 eine Zunahme an Mitgliedern erfahren, welche sich insgesamt auf 32 698 bezieht. Bei Berlin und Dresden ist diese Zunahme zum Teil auf erfolgten Anschluß anderer Kartelle zurückzuführen. Chemnitz ist zu den Kartellen, welche über 25 000 Mitglieder zählen, neu hinzugekommen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Frankfurt a. M. Die Lohnbewegung der Automobil-Sattler bei der Firma Adlerwerke, vorm. Geunr. Kleber, Frankfurt a. M. wurde zugunsten der Arbeiter beendet, ohne daß es zum Ausfall gekommen ist. Am 2. Juni wurde dort seitens der Gewerkschaft ein Tarifvertragsentwurf eingereicht, der eine Regelung bezw. Erhöhung der Arbeitslohn, sowie eine Stundenlohnsteigerung um durchweg 3 Pf. vorsah. Kurz und bündig erklärte die Direktion des Betriebes, der einer Aktiengesellschaft gehört, in einem Antwortschreiben an die Gewerkschaft, daß sie als Maschinenfabrik nicht in der Lage sei, mit einer Nebenbranche, wie sie die Sattlerei darstelle, einen Vertrag einzugehen. Die gleiche Antwort erhielt die Werksratskommission, welche mehrmals in der Angelegenheit vorstellig wurde. Trotz des Hinweises, daß auch in anderen, ebenso großen Automobilfabriken schon Tarifverträge abgeschlossen wurden, ging man darauf nicht ein, als Mitglied des Bundes

deutlicher Industrieller konnte man das nicht. Zwar wurde sehr von der Direction zugegeben, die Forderungen der Arbeiter seien minimale, doch müßte erst unterzucht werden, ob sie auch wirklich berechtigt sind, worüber allerdings noch einige Wochen verstreichen könnten. Die Kollegen hatten jedoch keine Zeit, sich mit Verprechungen hinhalten und die keine Monnankur vorübergehen zu lassen. Auch die Zukunftsaussichten, die den Kollegen durch den Herrn Sattlermeister gemacht wurden, konnten die Sattler, welche wohl organisiert und zum äußersten entschlossen waren, nicht zurückhalten, ihr Recht in geschlossener Einheit zu vertreten. In der Versammlung vom 15. Juni wurde der Beschluß gefaßt, am Freitag, den 17. Juni, einmütig die Arbeit niederzulegen, doch sollte vorher noch eine Einigung versucht werden. Diese Einigung ist denn auch zustande gekommen. Wenn es auch nicht zum eigentlichen Vertragsabschluss kam, so wurden doch den Kollegen Zugeständnisse gemacht, mit welchen sie sich zufrieden geben können. Eine Anzahl Artikel wurde im Affordlohn bedeutend erhöht, die neuen Kreise werden zukünftig nur mit den in Betracht kommenden Arbeitern resp. der Werksattlommision festgesetzt, sofort wurde ein Affordlohnbuch angelegt, in das alle Kreise einzutragen sind und in daselbe jedermann zum Nachschlagen zugänglich. Die Stundenlöhne wurden ebenfalls um 2 Pf. erhöht, die Werksattlommision ausdrücklich anerkannt. Für Versuchs- und Nacharbeiten wurden besondere Abkommen getroffen und sonstige, verschiedene Verbesserungen erzielt. Die getroffenen Vereinbarungen fanden die Zustimmung der Kollegen, so daß der Streikbeschluß aufgehoben werden konnte.

Dieser Erfolg haben die Kollegen der Firma Meyer nur ihrem einigen und geschlossenen Vorgehen zu danken, ohne welches die Firma es zu einem Streik hätte kommen lassen. Auch ohne Tarifvertrag werden nun die Kollegen dafür zu sorgen wissen, daß die Vereinbarungen eingehalten werden durch die Macht der Organisation. C. S.

Wörlitz. Differenzen bei der Firma Arnabe, Waffer- und Lackfabrik in Wob. Trodem sich die Inhaber der Firma die rechtliche Waffe gegeben haben, den Organisationsgedanken von ihren Arbeitern und Arbeiterinnen fern zu halten, ist es unserer Organisation trotz alledem gelungen, sich in dem Arnabeschen Fabrikbetriebe Eingang zu verschaffen. Auch dort haben die Arbeiter erkannt, daß eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage nur durch Zusammenfassung in der Organisation zu erzielen ist. Die Zahl der Verbandmitglieder ist so hoch angewachsen, daß sie es endlich einmal wagen konnten, mit Lohnforderungen an die Firma heranzutreten. Die Wut der Firma einerseits über ein derartiges Vermessen ihrer Arbeiter und andererseits die Bereitwilligkeit der Behörden, den Arbeitgebern auf jeden Fall beizustimmen, kommt darin zum Ausdruck, daß drei ausländische Arbeiter, die bereits 8 bis 9 Jahre in dem Betriebe arbeiten und sich in dieser Zeit nicht das geringste zuzufinden kommen ließen, vom Amtsdirektor v. Willeben (natürlich wieder ein preussischer Junker, der mit seinem „Wib“ bald am Ende seines Latens sein dürfte, D. A.) den Ausweisungsbefehl erhalten haben, weil sie sich auf einmal mißliebige gemacht haben sollen. Eine am Freitagabend stattgefundene Betriebsversammlung, die von etwa 100 Personen besucht war, nahm zu diesem Vorgehen Stellung. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde der begrifflichen Erbitterung und Erregung, die das Befanngeben der Maßnahmen gegen die drei ausgewiesenen Kollegen erzeugte, Ausdruck gegeben. Das Vorgehen wird darin aufs schärfste gemißbilligt, den betroffenen Kollegen werden die größten Sympathien ausgesprochen und die Anwesenden geloben sich, fest zusammenzutreten, ihre Berufsorganisation immer mehr auszubauen und mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. — Die Antwort der Firma ist nun eingegangen. Sie kommt einem ablehnenden Bescheide gleich, so daß die Lohnbewegung in dem Arnabeschen Betriebe in Wob. nunmehr ernstere Formen annehmen dürfte. Die in den Lohnkampf gezogene Arbeitererschaft, die nun endlich einmal daran angehen ist, sich von dem Druck, der jahrelang auf ihr lastete und sie in ihrer freien Betätigung hinderte, frei zu machen, darf der vollsten Sympathie der gesamten organisierten Wörlitzer Arbeiterschaft wie der unserer Kollegen des ganzen Reiches versichert sein.

Aus unserem Beruf.

Herr Rees, seines Zeichens Bezirksleiter des „Arifitischen“ Lederarbeiterverbandens, geht wieder einmal auf Dauernfang, pardon, „Gewinnung“ neuer Mitglieder aus. Ihn scheint aber das Feld der Unorganisierten zu steinig zu sein, weswegen er in fremden Gebieten zu jagen versucht. Da der Zweck die Mittel heiligt, kommt es diesem Agitator nicht

so genau darauf an, ob alle seine Forderungen auch den Tatsachen entsprechen. So machte Herr Rees ein Mitglied unseres Verbandes in Neckenheim zum Hebertritt zu bewegen, da auch, wie er versicherte, ein Mitarbeiter des Kollegen dann ebenfalls übertreten wolle. Als die beiden Kollegen anderen Tages in der Werkstätt darauf zu sprechen kamen, wurden ihnen die edlen Absichten des Rees klar. Wir möchten Herrn Rees daher ermahnen, recht bald nochmals zu den beiden Mitgliedern unseres Verbandes zu gehen, um sich dort die Zustimmung für seine Klunker zu holen. Denn die beiden Kollegen haben, wie die weitläufig überreichende Mehrzahl unserer Berufsangehörigen Deutschlands, durchaus nicht die Absicht, die Schutztruppen des Zentrums zu stärken; sie leben vielmehr in der „Tätigkeit“ der Gewerkschaftsschriften auf gewerkschaftlichem Gebiete wie in der Tätigkeit des Zentrums auf politischem Gebiete eine schwere Schädigung der rein beruflichen sowohl wie der allgemeinen Arbeiterinteressen. In diesem Sinne war allerdings der Liebe Willkommheit. Herr Rees war eben wieder einmal, wie der Berliner zu sagen pflegt, „Reese“! Wir kondolieren.

Entheim. Der Beschäftigungsgrad der Kollegen in unserer Verwaltungsjahre ist zuzeit, wenn auch kein schlechter zu nennen, so doch auch kein befriedigender. Hauptächlich trifft dies für Köderrinnen, Näherinnen sowie für Anschläger zu und ist auf die veränderte Mode, bezw. die Entwicklung der Industrie zurückzuführen. Außerdem trägt ja auch die jetzige „tote Saison“ dazu bei. Während noch vor 5-6 Jahren in unserem Bezirk vorwiegend Ventilemmentaires sowie Chateignes angefertigt wurden, bei denen beide Geschlechter auf ihre Rechnung kamen, finden wir heute diese Artikel nur noch in verschwindendem Maße vor. Auch die dann florierende Flügelstasche, Vappentasche, die mehrere Jahre hindurch unserem gesamten Kollegenkreis, einschließlich der weiblichen, hinlänglich Arbeit und guten Verdienst brachte, bis sie durch Preisdrückereien der Heimarbeiter und Zwischenmeister ein sehr tiefes Niveau erreicht hatte, verschwindet mehr und mehr aus der Produktion und die Trapezstasche sowie eine Neuanlage von Meisttaschen kommen an ihre Stelle. Also hat sich die Sachlage vollständig umgekehrt, und zwar umgekehrt zuungunsten unserer Näherinnen und Anschläger, denen durch die Trapezstasche die Arbeitsgelegenheit vermindert wurde, im Gegensatz zu den eigentlichen Portefeuillekünstlern, die auf dem Arbeitsmarkt noch fortwährend gesucht werden. Doch nicht zu erwarten, daß dieser Umstand, der ja bedauerlicherweise unsere Abrechnung sehr beeinträchtigt, nur eine vorübergehende Erscheinung ist, zumal ja die Taschenindustrie kaum den Minderjahren entwichen ist und noch eine große Entwicklungsmöglichkeit vor sich hat.

Es scheint also durchaus kein Grund für unsere Kollegen, mutlos die Hände ins Korn zu werfen, oder doch völlig teilnahmslos der Organisationsarbeit gegenüber zu stehen, wie dieses zum Teil der Fall ist. Wir haben ja gesehen, wohn wir durch diese lethargie kamen und sehen es auch, wenn wir die Flügelstaschenperiode überblicken. Als diese zuerst hier aufkamen, herrschte nach der kurz vorher abgeschlossenen Tarifbewegung noch ein rege pulserendes Leben unter den Kollegen, dem sich sogar unser Zwischenmeister nicht entziehen konnten und sich bei uns organisierten. Dieses Zusammenarbeiten, so unnatürlich es immer erscheinen mochte, brachte immerhin eine zeitlang beiden Teilen Vorteile und dem damaligen Portefeuilleverbande eine geahnte Mitgliederzahl in unserem Bezirk, denn die Zwischenmeister waren unsere besten Agitatoren. Doch das Leben staute ab, und als gar die Zwischenmeister entdeckten, daß ihr Heiß nicht im Verband, sondern auf seiten der Fabrikanten sei, mit denen sie gegen uns paktierten, kam Mißmut in die Reihen der Kollegen, welcher von den Zwischenmeistern noch geschürt wurde, denn diese hatten ja das größte Interesse an der Schwächung unserer Organisation. Viele Kollegen, noch mehr Kolleginnen, waren verblendet genug, aus dem Verband auszutreten; nicht lange währte es und die Affordpreise für Nähen und Anschläger der Flügelstaschen waren um 40 Proz. und noch mehr gesunken. Das hätte nun und nimmer eintreten können, wenn anstatt Reid und Mißgunst, Solidarität und Einigkeit geberstet und die Kollegenchaft, unbeeinträchtigt durch die Zwischenmeister ihre Stütze in der Organisation gesucht, bezw. behalten hätte. Die tätigen Kollegen wissen, wie ungeheuer schwer es war, aus den Trümmern unserer damaligen Organisation wieder etwas Leben hervorzubringen. Deshalb sollten aber auch alle jetzt, wo die Geschäfte mal ein wenig nachlassen, nicht resigniert sagen: Es nützt ja doch nichts. Gedenken

vielleicht denken, nun ein recht wollen wir zusammenhalten und gerne unseren Beitrag zahlen, wenn es auch mal schwer fällt. Sie sollten wissen, daß ihr Willekamm nur den Fabrikanten und Zwischenmeistern zugute kommt. Weisheitlich vernehen es die letzteren, die Organisation für alles verantwortlich zu machen und gegen sie zu gehen, und wie oft hört man bei der Agitation sagen: Unser Meister ist nicht mehr organisiert, deshalb brauchen oder dürfen wir es auch nicht zu sein. Dieses gilt namentlich von den weiblichen Berufsangehörigen. Nun Kollegen und Kolleginnen, es schadet uns nicht, wenn in unserer Organisation keine Zwischenmeister sind, sondern im Gegenteil, es ist gut so, wenn wir freie Bahn haben, zumal das ganze Zwischenmeistermitem wie ein Alp auf der Arbeiterschaft aller Industrien lastet und früher oder später, sowohl durch die Entwicklung als auch durch die Gefekgebung ausgeschaltet werden dürfte. Allerdings, unsere Kollegen merken diesen Druck noch nicht so sehr, denn unsere Verhältnisse sind ja noch nicht so schlecht wie die der schlesischen Weber. Aber wer nicht haben will, daß bei uns derartige Zustände eintreten, der muß die Hände rühren, er muß handeln, solange es noch Zeit ist. Dazu sollen diese Zeilen und die noch folgenden Artikel dienen. Sie sollen vor allem den Vertrauensleuten aller Betriebe das Gewissen schärfen und sie veranlassen, mehr als bisher ihre Schuldigkeit zu tun.

Solingen. Daß es noch „humane“ Arbeitgeber gibt, können die Kollegen aus nachfolgenden Zeilen erfahren. Im Januar 1909 starb Herr Eduard Siebel, Inhaber einer hiesigen Reißfedernfabrik. Das Geschäft ging durch Kauf in den Besitz des früheren Geschäftsführers Herrn Carl Maier und des Herrn Paul Kautsch (Kaufmann) über, die daselbst unter der Firma Eduard Siebel & Co. folgertorierten. In dem Betriebe herrscht noch eine veraltete Arbeitsmethode, d. h. jeder Kollege macht seine Arbeit von Grund auf selbst, schleppt das Rohmaterial zusammen, fertigt seine Rade, zündet das Feuer an, laßt Meister und Leim usw. Der verstorbenen Herr Siebel war, wohl aus Rücksicht auf sein Alter, für Neuerungen nicht zu haben. Nun glauben die Kollegen, die fast alle 15-20 Jahre dort beschäftigt sind, daß jetzt, da die Leistung in jüngeren Händen lag, auch für sie andere Zeiten anbrechen würden. Sie verstanden darunter in erster Linie eine geregelte Arbeitszeit und höhere Löhne. In diesem Glauben wurden sie auch durch Herrn Maier fast täglich bestärkt, der immer meinte: „Wald wird's anders!“ Und es wurde anders. — — — Als trotzdem alles im alten Geiste fortraim, wurde der Wunsch nach Reformen bei den Kollegen immer dringender, die Behandlung durch Herrn Maier immer schroffer. Vereingelte Ständeharshörungen, die er bewilligte, waren Tropfen auf einen heißen Stein; wollte man mehr haben, so hieß es barisch: „Ja, wenn Sie es nicht dafür können oder ein anderer kann es nicht, dann beghe ich den Artikel fertig von auswärts.“ Erlaubte man sich dann noch eine Bemerkung, so wurde Herr Maier in den meisten Fällen derart ungewöhnlich „lebhaft“, daß die Kollegen die Montörlur lieber von außen zumachen, um sich keine Beschädigung des Traummessels zuzuziehen. Endlich ging einigen Kollegen (seider nicht allen) eine Bogenlampe auf, sie wurden Mitglieder des Verbandes. Kaum war das Herrn Maier zu Ohren gekommen, so rief er sich einen der „Verbrecher“ ins Kontor und zog die volle Schale seines Zornes über den Unglücklichen aus. Nun, der Kollege ist noch einmal mit heiler Haut davon gekommen; für uns war es aber ein Beweis dafür, daß wir den richtigen Weg gewählt hatten. Doch nun wurde das Benehmen des Herrn Maier den Kollegen gegenüber immer unerträglicher, es verging fast kein Tag, an dem nicht der eine oder andere geradezu angebrüllt wurde. Einem Kollegen, der auch nicht auf den Mund gefallen ist und Gleiches mit Gleichem vergalt, drohte Herr Maier: „Wenn Sie jetzt nicht ihre freche Schnauze halten, dann schlage ich Sie zusammen.“ Ein großes Schlaglicht auf die „höhere Bildung“ dieses Herrn wirft die Tatsache, daß er einen 71jährigen Kollegen, der bei dem früheren Inhaber über 50 Jahre anerkannt fleißig und gewissenhaft tätig war, oft in der brutalsten Weise abkankte.

Wir sind gebrauchte Maschinen, Die man auf Seite fährt, Wir können nicht mehr dienen, Alt Eisen hat kein u Wert.“

Doch der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht. Ehe sich der Verband ins Mittel legen konnte, war es den meisten Kollegen, darunter auch dem 71jährigen, gelungen, anderwärts Arbeit zu bekommen.

Allen Kollegen aber, die unserem Verbanbe noch fernstehen, rufen wir zu: Organisiert Euch! Wenn auch der eine oder andere glaubt: Ach, für mich hat es doch keinen Zweck usw. Es kann über Nacht leicht anders werden, als es am frühen Morgen war.

Die Kollegen der Firma Eduard Siebel Nachfolger haben es am eigenen Leibe erfahren, und nur durch eine starke Organisation kann solch „liebenswürdigen“ Herren gezeigt werden, daß Zattlergesellen auch Menschen sind.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Karmann, Cansbrück, Wagenzfabrik. Nach vierwöchentlicher Wanderung hatte ich das „Glück“, bei Herrn Karmann in Arbeit zu treten. Da es bei uns so Sitte ist, wenn man eingestellt wird, daß nach dem Lohne gefragt wird, so habe ich das auch getan, und es wurde mir gesagt, bei zehnwöchentlicher Arbeitszeit zahlen wir 40-48 Pf. pro Stunde. Da meine Moneten mich so ziemlich verlassen hatten, so habe ich die Stelle auch angenommen. Es arbeiten dort drei Gehilfen im Alter von 18, 20 und 25 Jahren. Diese Kollegen nach dem Lohne gefragt, mußte ich erfahren, daß keiner von den Kollegen 40 Pf. bekommt, deren Löhne betragen vielmehr nur 33, 35 und 37 1/2 Pf. pro Stunde. Hierauf wurde ich bei Karmann vorfällig und verlangte einen Mindestlohn garantiert, welcher mir auch in der gewünschten Höhe, da ich durchaus nicht unter diesem Lohne arbeiten wollte, von 48 Pf. pro Stunde gewährt wurde, aber nur unter der Bedingung, daß ich selbstständig arbeiten kann. Nun, was Herr Karmann „selbständig“ nennt, weiß ich nicht. Denn auf meine Äußerung, daß das doch keine Löhne für Wagenzattler seien, bekam ich zur Antwort, das sind doch keine Wagenzattler, die 16 u. n. a. doch nichts machen. Aber ich meine doch, wenn der betreffende Kollege mit 25 Jahren Matragen heften und einnageln kann, dafür aber nur 37 1/2 Pf. erhält, man sich da die Frage stellen muß, ja, was und wer ist denn nun eigentlich ein Wagenzattler und welchen Lohn soll man denn beanspruchen? Ich will wieder den Wandertrieb in die Hand nehmen, möchte aber alle reisenden Kollegen ersuchen, daß sie, wenn jemand die Lust verspüren sollte, bei Herrn Karmann in Arbeit zu treten, den Lohn vorher ausmachen sollten, bevor die Arbeit angetreten wird. G. B.

Korrespondenzen.

Bismarckheim. (E. 18. 6.) Eine gut besuchte Versammlung fand hier am Montag, den 15. Juni, statt, wozu auch die am Orte vorhandenen Lehrlinge, 16 an der Zahl, eingeladen und zum größten Teil erschienen waren. Kollege Schulz-Einhelm sprach über: „Die Jugendorganisation“. Die zehn anwesenden Lehrlinge traten derselben bei, so daß nunmehr nur noch 4 zu holen sind. Der zweite Punkt behandelte Tariffragen und wird von den Kollegen Schulz und Seip auf das Verhalten vieler Kollegen hingewiesen, die nur auf den eigenen Vorteil bedacht, sich den Feilsch um Organisation und Tarif kümmern. Ein Appell, in der Herbstsaison alles aufzubieten, um unsere Rechte zu wahren und die Organisation vorwärts zu bringen, wurde beifällig aufgenommen. Den ausgesperrten Bauarbeitern wurden 10 Mk. aus der örtlichen Lokalfasse bewilligt.

Brandenburg a. S. (E. 14. 6.) Am Mittwoch, den 6. Juni, fand unsere regelmäßige Mitglieder-versammlung statt, leider war dieselbe sehr schwach besucht. Es wurde zunächst in die Besprechung über einen Unterstützungsantrag der Leipziger Kollegen eingetreten. Von allen Anwesenden wurde die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß wir es als unsere Pflicht betrachten, die Leipziger Kollegen zu unterstützen. Der Delegierte des Gewerkschaftsartells gab den Bericht von der letzten Sitzung. Des weiteren teilte der Vorsitzende mit, daß am 26. Juni ein Gewerkschaftsfest stattfindet, wozu er alle Anwesenden einlud.

Bericht vom 20-jährigen Stiftungsfest. Unter zahlreicher Beteiligung konnten wir am Sonnabend, den 11. Juni, unser 20-jähriges Stiftungsfest feiern. Das Fest wurde eingeleitet durch ein Gartenkonzert. Um 4 1/2 Uhr begaben sich die Festteilnehmer in den Saal, wo nach Vorführung lebender Bilder der Kollege Wehner-Berlin die Festrede hielt. Er schilderte in einem halbfröhlichen, überaus schwingvollen Vortrage die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung und ging auf die Entstehung der hiesigen Filiale ein. Bei der Gründung der Filiale waren 16 männliche und 7 weibliche Mitglieder dem Verbands begetreten, von denen die Kollegen Gschle und Wäß heute auf eine 20-jährige Mitgliedschaft zurückblicken können. Im Jahre 1887 wurde durch uns die erste Lokalfasse im Verbands der Sattler gegründet. Zurzeit zählt die Filiale 67 Mitglieder, davon 76 männliche und 22 weibliche. Am Schluß der Festrede rief der Kollege Wehner allen Kollegen zu, in demselben Sinne wie bisher weiterzuarbeiten, bis der letzte Kollege sich der Organisation angeschlossen hat. Der Redner erteilte lebhaften Beifall. Den Schluß bildete ein Tanzkränzchen, welches die Mitglieder bis zum

frühen Morgen in gemüthlicher Stimmung zusammenhielt.

Dresden. (E. 20. 6.) In der am 15. d. M. stattgefundenen Versammlung hielt Genosse M. Weniger einen Vortrag über: „Freiwilligkeits- und seine Dichtungen“. Im ersten Theile schilderte Redner den Lebenslauf und das Wirken des Dichters, im zweiten Theile legte er eine Anzahl der Dichtungen freiwilligkeits mit viel Wärme vor. So u. a.: „Der Eispalast“, „Die Schlacht am Wirtenbaum“, „Die Toten an die Lebenden“. Die Zuhörer, deren leider sehr wenig erschienen waren, dankten durch reichen Beifall. — Die übrigen Punkte, darunter ein sehr wichtiger, mußten schwachen Besuches wegen vertagt werden.

Es ist zu wünschen, daß sich die Kollegen in Zukunft durch einen Gewitterregen vom Versammlungsbesuch nicht abhalten lassen und der Jugendabteilung, die anerkennenswerthe Weise recht zahlreich vertreten war, mit gutem Beispiel vorangehen.

Wülzig. (E. 20. 6.) Am 11. Juni tagte hier selbst eine wichtige Mitglieder-versammlung. Gausleiter Kollege Partsch referierte über: „Die gegenwärtige Situation am Orte“. Seine Ausführungen waren folgende. Wenn bisher stille Agitation betrieben und nicht gleich Alarm geschlagen wurde, so lag das an den örtlichen Verhältnissen, die eine solche Taktik erforderten. Das Wachstum unserer Organisation ist den Unternehmern ein Dorn im Auge und fänden die Herren uns heute schon den Vernichtungstempel an. Wir stehen heute am Vorabend großer Ereignisse. Die in Aussicht gestellte Mündigung, Arbeitsentziehung, Strafverurteilung u. a. mehr zwingen uns, Gegenmaßnahmen zu treffen, denn die beste Deckung ist der Dieb. Für uns handelt es sich in erster Linie um Anerkennung der Organisation und Schutz vor Maßregelung. Selbstverständlich müssen auch gleichzeitige Aufbesserungen im Lohnerhältnis erfolgen. Unsere Forderungen sind äußerst minimale, ja fast lächerlich gering im Vergleich zu anderen Fabrikationsorten. Es gilt hier zunächst, zu zeigen, daß wir nicht mehr gemißt sind, nur „Amboß“ zu sein. Die Anregungen des Zentralvorstandes werden zur Kenntnis gegeben, fanden aber nicht allgemeine Billigung, da einzelne Branchen glauben, benachteiligt zu sein. Da seitens des „Röyser Amtsvorsethers“ dem Wirte unseres Versammlungslokales Schwierigkeiten wegen Lokalfasses gemacht werden, erfolgt die Wahl der Tarifberatungskommission schon heute. Kollege Partsch streift im Schlußwort noch verschiedene Punkte, die in der Diskussion nicht voll geklärt wurden. Er weist ferner noch auf die nächste Betriebsversammlung hin, die in Wons am Montag abend stattfindet. Hier soll endgültig alles geregelt werden, um in den nächsten Tagen der Firma unsere Forderungen zu unterbreiten. Mit dem Hinweis darauf, daß die gesamte deutsche Kollegenchaft hoffnungsvoll auf uns sieht, gibt der Redner dem Bunsche Ausdruck, daß wir gestärkt aus diesem Manne hervorgehen mögen. Da der Kollege Wölz sein Mandat als Gau-Beisitzer freiwillig niederlegte, erfolgte Neuwahl und wurde der Kollege Otto Schulz mit dem Amte betraut. Ebenso wurde ein zweiter Kartelldelegierter gewählt und fiel die Wahl auf den Kollegen Bruno Waller. Vertikale Angelegenheiten bildeten den Schluß der äußerst stark besuchten Versammlung.

Deusenstamm. (E. 14. 6.) Am Sonntag, den 4. Juni, fand in der Wirtschaft „Zum grünen Baum“ eine Mitglieder-versammlung mit einer reichhaltigen Tagesordnung statt. Zunächst machte der Vorsitzende die erfreuliche Mitteilung, daß bei der stattgefundenen Monatsagitation 17 neue Mitglieder gewonnen wurden. Kollege Löw gab sodann den Massenbericht vom 1. Quartal. Kranz gemeldet waren in diesem Quartal 8 Mitglieder. An Zentralunterstützung wurden ausbezahlt 152,50 Mk., an Lokalunterstützung 68,68 Mk., so daß am Schluß des 1. Quartals ein Lokalfassenbestand von 330,64 Mk. verbleibt. Der Vorschlag des Vorstandes, den ausgesperrten Bauarbeitern 25 Mk. als Unterstützung zu überweisen, wurde von der Versammlung genehmigt. Der Vorsitzende begrüßte die neu eingetretenen Kollegen und ermahnte sie, fest und treu zum Verbands zu halten. Zum Schluß wurde noch auf die monatlich erscheinende Beilage unserer Zeitung aufmerksam gemacht, die von großem Nutzen für jeden Kollegen sei.

Aus anderen Organisationen.

Die Entwicklung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung im letzten Vierteljahrhundert ist eine beinahe märchenhafte. Es wirkt geradezu tragikomisch, wenn man sich, mit welchen Summen man damals rechnete im Gegensatz zu heute. Die „Hofarbeiter-Zeitung“ bringt eine Erinnerung an die Anfänge ihres Verbandes. Am 1. April 1884 waren 82 Tischergesellen in Oeynhausen in den Streik getreten. Es wurde ein Wochenlohn von 15 resp. 16 1/2 Mk. gefordert; der beste Beweis, wie traurig es um die Lohnerhältnisse bestellt sein mußte. Die

Stuttgarter Zeitung des Verbandes machte die bezweifelten Anstrengungen, die nötigen Mittel zur Erhaltung der Streikenden, die fast durchweg Familienväter waren, aufzubringen. In stehenden Bitten wandte sich der Vorsitzende Mloß in Zirkularschreiben an die Fachvereine, denen er in plastischen Formen die Kollage der Oeynhausener darstellte. Aber die einkaufenden Gelder reichten zur Aufrechterhaltung des Kampfes nicht aus, den Streikenden konnten selbst die wenigen Mark Unterstützung, die versprochen waren, nicht ausbezahlt werden. So fiel denn bald die größere Hälfte von den Streikenden ab und nach 12 entbehrungsvollen Wochen mußte auch der Rest der Aufrechten das Armploß weiteren Streikens einsehen. 9 Mann waren abgereist, 27 blieben noch übrig, die aber lieber mit Sad und Pack und in größter Kollage ins Ungewisse auswanderten, als sich unter das laundinische Joch des Meisters zu beugen.

In einem Rundschreiben an die Fachvereine schrieb Karl Mloß in bitteren Worten: „Von den Kollegen Deutschlands vergesseu, irren die Männer zum großen Teil arbeitslos in der Fremde umher, während die Frauen, vom Verstruf der Kinder gedrängt, vom eigenen Hunger gepeinigt, dem Kassierer der dortigen Kommission fast das Haus einlaufen, um rückständige Unterstützung zu fordern, die derselbe nicht gewähren kann, weil es uns an Mitteln fehlt, die wir ihnen senden könnten.“ Eine verarmte, lungevolle Situation für den Zentralvorstand, der ratlos vor der Unmöglichkeit sich befand, den eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen.

Schließlich schrieb Mloß an die Streikkommision in Oeynhausen, daß der Verbandsvorstand beschlossen habe, den gesamten Kassenbestand, bestehend in 50 Mark barem Gelde, nach Oeynhausen zu schicken. Damit sei die Kasse gesprengt und auch der ganze Verband werde vermutlich gesprengt werden. Es sei rein zum Verzweifeln. Und welches waren nun die Summen, deren Aufbringung den ganzen Verband zu sprengen drohte? Insgesamt ging nach Oeynhausen der riesenhafte Betrag von — 7677,52 Mark; davon war ein Teil aus verschiedenen Orten den Streikenden direkt zugegangen. Die Zentralkasse hatte 6820 Mk. aufgebracht und war damit bis auf den letzten Pfennig erschöpft. Und wieviel Sorgen und schlaflose Stunden hatte nicht die Klüffigung dieser uns heute so winzig dünken den Summe verursacht!

Wenn es oft scheint, als ob die Organisation sich zu langsam entwickele, so kann uns solch Rückblick leicht vom Pessimismus befreien. Das eine Jahr 1907 verurteilte dem Verbands über 3 Millionen Streiklohn, und in den Jahren 1904 bis 1907 wurden mehr als 7 Millionen für Lohnbewegungen verausgabt. Aber diese Riesensummen wurden verhältnismäßig spielend aufgebracht gegenüber jenen 6000 Mk. So schreitet der proletarische Organisationsgedanke mit Riesenschritten vorwärts.

Jede andere Organisation, so auch die unsrige, könnte mit ähnlichen Erfolgen aufwarten und damit auch dokumentieren, in welcher ungeheurer Maße die Aktionskraft der Gewerkschaften zugenommen hat.

Der Zentralverband der Tapezierer im Jahre 1909. Der kürzlich erschienenen Jahresabrechnung des Tapeziererverbandes entnehmen wir, daß der Verband sich recht günstig weiter entwickelt hat. Die Mitgliederzahl ist zwar um ein geringes zurückgegangen, von 8275 auf 8253 im Jahresdurchschnitt, doch ist im ersten Quartal 1910 bereits eine erhebliche Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Die Zahl der Mitglieder betrug am Quartalschluß bereits 8741 und dürfte jetzt das neunte Tausend erreicht sein.

Am Eintrittstage berechnete der Verband im Jahre 1909 1658,50 Mk., an Beiträgen 192 126,34 Mark; inklusive sonstigen Einnahmen, Zinsen usw. betrug die Gesamteinnahme 268 470,97 Mk. Davon kommt der Kassenbestand aus dem Jahre 1908 mit 69 983,89 Mk. in Abzug. An Reiseunterstützung wurden 6207 Mk., Arbeitslosenunterstützung 72 502,31 Mark, Krankenunterstützung 11 250,40 Mk., Sterbegeld 3369 Mk., Streikunterstützung 10 493,76 Mk., sonstige Unterstühtungen 1799,13 Mk. ausbezahlt.

Der Verband mußte während der Krise seine Hauptaufgabe, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, etwas zurückstellen. Während im Jahre 1907 für 4366 Kollegen eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 2,30 Mk. pro Woche und für 2488 eine 1 1/2stündige Arbeitszeitverkürzung pro Woche erkämpft werden konnte, wurde im Jahre 1909 nur für 1273 eine Lohnerhöhung von 1694 Mk. und für 145 eine Arbeitszeitverkürzung von 296 Stunden pro Woche erzielt.

Im Jahre 1910 stand der Verband bereits wieder in 22 Städten in Lohnbewegungen, an denen rund 4000 Mitglieder beteiligt waren.

Daß die Arbeitslosigkeit unter den Tapezierern selbst im Frühjahr 1910 noch sehr groß war, beweist, daß von den 8741 Mitgliedern noch 2663 zusammen 64 129 Tage arbeitslos waren.

Trotzdem die Lage des Wirtschaftsmarktes sich im allgemeinen etwas gebessert hat, ist davon im Tapezierergewerbe noch nicht viel zu merken.

Trotz dieser schwierigen Verhältnisse hat der Verband seinen Mitgliedern einen kräftigen Rückhalt im Wirtschaftsleben und er ist durchaus befähigt, seine großen Aufgaben für die Berufsgenossen zu erfüllen.

Der Verband für handwerksmäßige und sachgewerbliche Ausbildung der Frau hat in den ersten 6 Monaten seines Bestehens eine überaus glückliche Entwicklung genommen. Etwa 50 Organisationen, Handels-, Handwerks- und Gewerbetämmern, Gewerbeschulen, gewerkschaftliche Organisationen, sozialpolitische und pädagogische Verbände und Vereine haben sich ihm angeschlossen.

Bureaustunden sind Dienstag und Freitag von 10-1 Uhr und Freitag und Sonnabend von 5 bis 7 Uhr.

Soziales.

Trinkt keinen Schnaps! lieber die Wirkung des Schnapsboykotts haben wir schon des öfteren berichtet, weiter unten finden unsere Leser auch wieder die neuesten diesbezüglichen Zahlen. Beachtet zu werden verdient jedoch das Streben gewisser Interessentkreise, den Schnapsgehalt teils vom Wirtschaft in das Familienheim zu drängen, teils aber durch Herstellung sogenannter „Essenzen“ die Vorstellung zu erwecken, als seien diese Erzeugnisse kein Schnaps und läme der Leppiger Boykottbeschluss für sie nicht in Frage.

Das Präparat, das 22,54 (Gewichts-) Prozent Alkohol und 1,44 Proz. Amylalkohol enthält, erwies sich als eine mit Zuckersäure braungefärbte und mit Alkohol und geringen Mengen Äpfelsäure, Estern und Säuren versetzte Lösung von etwa 35 Proz. Zucker. Der nach Vorschrift des „Erfinders“ dieser Flüssigkeit aus 1 Flasche dieses Extrakts mit 1 Liter 90prozentigen Spiritus und 1 1/2 Liter Wasser hergestellte Cognat enthält in 100 Kubikzentimetern 33,66 Gramm Alkohol, 0,039 Gramm höhere Alkohole (Äpfelsäure), Spuren des giftigen Furfural, Zuder 0,994 Gramm, Extrakt 0,99 Gramm.

Profil! Ohne Zweifel ein edles „Getränk“. Wer weiß, was in diesen Tagen der Schnapsverurteilung alles zusammen „destilliert“ wird. All diesem Gift geht man aus dem Wege, wenn man unentwegt am Leipziger Boykottbeschluss festhält. Viele Tausende von Arbeitern haben dies bisher getan, denn sonst wäre der Konsum nicht so zurückgegangen. Viele von ihnen werden auch gemerkt haben, daß der Schnaps zur Gesundheit und zur Lebensfreude durchaus nicht notwendig ist; sie werden ferner erkannt haben, daß das auf diese Weise erpante Geld für notwendiger Dinge oder edlere Genüsse viel besser verwendet werden kann. Wir können nur wünschen, daß diese Erkenntnis sich immer weiter Bahn brechen möge.

Die Wirkung des sozialdemokratischen Schnapsboykotts ist auch in den im „Reichsanzeiger“ soeben veröffentlichten Ziffern über die Erzeugung und den Verbrauch von Alkohol im Monat April zu erkennen. Es betrug nämlich:

Table with 4 columns: Category, 1909 hl, 1910 hl, Zu- od. Abnahme in Proz. Rows include Erzeugung, Trinkverbrauch, Getrüb. Verbrauch, and Erzeugung, Trinkverbrauch, Getrüb. Verbrauch for the period October-April.

In der Gesamtperiode seit Inkrafttreten der neuen Steuer hat also ein Rückgang des Alkoholverbrauchs zu Trinkzwecken von fast 30 Proz. stattgefunden, im letzten Monat allerdings nur noch ein solcher von 21 Proz. Nimmt man an, daß in den ersten Monaten noch die Vorverforgung der Wirte und Geschäftsteile mit Alkohol eine gewisse Rolle gespielt hat, so erklärt sich daraus wenigstens zu einem Teil das scheinbare Nachlassen der Wirkung des Schnapsboykotts. Trotzdem müssen sich die Arbeiter vor Augen halten, daß ihre Energie in dem zweiseitigen Kampf gegen den Alkohol und die Junker unter keinen Umständen nachlassen darf.

Außerordentlich gestiegen ist der gewerbliche Verbrauch, im letzten Monat allein um fast 40 Proz. Er übersteigt jetzt den Trinkverbrauch um nahezu ebensoviel, wie im vorigen Jahr der letztere den ersteren überstieg. Trotzdem hat die Gesamtfergu-

gung zurückgehen müssen, und zwar in der Gesamtperiode um 14,3, im letzten Monat um 5,5 Proz. Dabei haben wir es nach dem eigenen Geständnis der „Deutschen Tageszeitung“ mit einer durch die billigen Kartoffelpreise verursachten Heberproduktion an Alkohol zu tun, vor der das Organ die deutschen Schnapsbrenner eindringlich warnt.

Die deutschen Arbeiter können auf dieses Resultat ihres Boykottbeschlusses stolz sein!

Darum, Kollegen, beherzigt auf neue die Mahnung: Trinkt keinen Schnaps! Der Schnapsgehalt schwächt das Arbeiter-Gesundheit und stärkt des Schnapsjunkers Geldbeutel. Jeder Schnapsgehalt ist eine Steuerzahlung. Verweigert sie! Ein Staatswesen, das nur mit Hilfe von Schnapssteuern existieren kann, ist nicht wert, daß es existiert. Sorgt unermüdet für Aufräumar unter euren Kollegen.

Kinderreichtum und Kindersterblichkeit. Die von dem Augenarzt Hamburger an einer Reihe von Berliner Arbeiterfamilien gemachten Untersuchungen haben ergeben, daß im allgemeinen großer Kinderreichtum mit einer größeren Kindersterblichkeit Hand in Hand geht, so daß die Zahl der Überlebenden aus solchen kinderreichen Familien nicht erheblich größer ist, als aus kinderarmen Familien. Die sehr starke Fruchtbarkeit würde demnach eine Verschwendung an dem Nationalvermögen bedeuten.

Diese Beobachtungen werden unterstützt durch eine Untersuchung, die Dr. Fr. von der Velde im „Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie“ über die Frage anstellt, welchen Einfluß die größere oder geringere Häufigkeit der Geburten in den einzelnen Familien auf den Gesundheitszustand und das Alter der Kinder hat. Als Grundlage dienen ihm dabei die von dem Arzt und Statistiker Niffel ausgearbeiteten Tabellen, deren Material von 270 ländlichen Familien mit zusammen 600 Kindern geliefert wurde. Es ergab sich dabei folgendes Verhältnis:

Table showing birth distance and mortality rates. Columns: Durchschn. Distanz der Geburten, 2 Jahre erheblich mehr oder weniger als 2 Jahre, Proz., Proz. Rows include deaths under 5 years, under 20 years, aneurysm/apoplexy, and average life expectancy.

Die weit günstigeren Sterblichkeitsverhältnisse der Kinder aus Ehen mit einer größeren Geburtenzahl treten aus dieser Tabelle scharf hervor. Zum Teil mag ja diese Erscheinung darin begründet sein, daß in kinderreichen Familien auf das einzelne Kind nicht so viel Sorgfalt verwandt werden kann und auch die Ernährung eine ärmerliche ist. Doch dürfte dieser Umstand gewiß nicht allein zur Erklärung der sehr erheblichen Unterschiede ausreichen.

Interessant ist auch die Feststellung, daß uneheliche Kinder, wenn sie nur einigermaßen die gleichen Aufwuchsbedingungen erhalten wie eheliche, eine größere Lebensdauer aufweisen wie die letzteren. Im allgemeinen ist ja insbesondere die Säuglingssterblichkeit der Unehelichen eine weit größere als die der Ehelichen. Daß dies nur auf die jämmerlichen Verhältnisse zurückzuführen ist, unter denen die Unehelichen aufwachsen, zeigen die Zahlen aus den Niffelschen Dörfern, in denen allerdings uneheliche Kinder meist schon im Jahre nach der Geburt durch Eheschließung der Eltern legitimiert werden. Dabei ergab sich als Durchschnitt aus 56 Fällen ein mittleres Lebensalter für die vor- und unehelichen Kinder von 40,2 Jahren, für die ehelichen von 22,2 Jahren. Eine Erklärung für diese auffallende Erscheinung bilden vielleicht die bekannten Worte aus „König Lear“:

„Warum brandmarken sie uns mit dem Worte Niedrigkeit? Niehens uns Vastard? uns, die wir beim luftvollen Diebstahl der Natur mehr Ebenmuth und Ueberlegenheit erhalten haben, als auf eine ganze Schar Tröpfe vermandt wird, zwischen Schlafen und Wachen aus müder Gewohnheit in einem schalen, gleichgültigen Ehebett erzeugt.“

Rundschau.

Aus den Parlamenten. Wohl der wichtigste Teil der Reichsversicherungsordnung, nämlich die Krankenversicherung, bildete in der vergangenen Woche den Beratungsgegenstand der Kommission. Das Krankengeld soll nach dem durchschnittlichen Tagelohn derjenigen Versicherten berechnet werden, für die die betreffende Klasse errichtet ist. Es sollen aber höchstens nur 5 Mk. pro Arbeitstag in Anrechnung gebracht werden. Die Klasse kann jedoch durch ihre Zahlung bestimmen, daß anstatt des durchschnittlichen Tagesverdienstes der wirkliche Tagesverdienst des Versicherten, aber auch nur bis zur Höhe von 6 Mk. pro Arbeitstag als Grundlohn zur Festsetzung

des Krankengeldes herangezogen werden kann. Weitergehende Verbesserungsvorschläge der Sozialdemokraten wurden durch Zentrum, Konserervative und Nationalliberale niedergestimmt.

Die Leistungen der Krankenkassen sollen bestehen in Gewährung ärztlicher Behandlung und Arznei vom 1. Tage der Krankheit an, Krankengeld wird jedoch erst vom 4. Tage an, nur wenn die Arbeitsunfähigkeit erst später als am 4. Tage der Krankheit eintritt, dann wird vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit an auch Krankengeld gewährt. Ein sozialdemokratischer Antrag, nach dem alle Heil- und Hilfsmittel, die zur Hebung der Krankheit notwendig sind, von den Krankenkassen gewährt werden sollen, wurde von den bürgerlichen Parteien, da zu teuer, abgelehnt.

Bei den Landkrankenkassen gelang es den Sozialdemokraten durchzubrechen, daß wenigstens für die Arbeiter, Betriebsbeamte usw., und in den Bezirken, in denen keine Ortskrankenkassen bestehen, auch den übrigen Arbeitern, die den Ortskassen angehören würden, falls solche beständen, der Grundlohn in der gleichen Weise berechnet wird, wie bei den Ortskrankenkassen. Den eigentlichen Landarbeitern konnten diese Vergünstigungen infolge des hartnäckigen Widerstandes des Schnapsbundes leider nicht erwirkt werden.

Die Krankenpflege betreffend wurde beschlossen, daß dem Erkrankten, wenn zwar die Krankenhauspflege geboten erscheint, aber ein wichtiger Grund vorliegt, den Kranken in seinem Haushalt oder in seiner Familie zu belassen, Hauspflege gewährt werden muß. Ferner wurde der Abzug vom Krankengeld auf den Betrag eines Viertels des Krankengeldes beschränkt.

Einen wichtigen Vorstoß zum Schaden der Arbeiter machten die Konservativen bei folgender Bestimmung der Vorlage: „Erhält ein Versicherter Krankengeld gleichzeitig aus mehreren Versicherungen, so hat die Krankenkasse ihre Leistungen so weit zu kürzen, daß das gesamte Krankengeld des Mitgliedes den durchschnittlichen Betrag seines täglichen Arbeitsverdienstes nicht übersteigt. Die Zahlung kann die Kürzung ganz oder teilweise ausschließen. Das Mitglied ist verpflichtet, dem Klassenvorstande mitzuteilen, von welcher Versicherung er noch Krankengeld bezieht.“ Der Antrag der Konservativen ging nun dahin, daß bei dieser Berechnung auch diejenige Leistung berücksichtigt werden müsse, die der Versicherte aus Gewerkschaften und anderen Unterstützungskassen erhält, selbst wenn er darauf keinen Rechtsanspruch hat. Auf diese Weise wäre der Gewerkschaftler nicht nur in seinem Krankengeld geschädigt, sondern er müßte auch dem Klassenvorstand — in der Betriebsklasse also seinem Arbeitgeber — ausdrücklich die Anzeige machen, daß er einer Gewerkschaft angehört. Falls er dies unterlassen hätte, würde er sich eine Strafe zugezogen haben. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde aber der konserervative Antrag nicht nur abgelehnt, sondern in das Gesetz ausdrücklich die Bestimmung eingefügt, daß bei der Anrechnung nur die Leistungen in Betracht kommen dürfen, auf die der Versicherte einen Rechtsanspruch hat. Dadurch ist dieser dummdreiste Junkerangriff auf die Gewerkschaften gründlich abgewiesen worden.

Als Wochenhilfe schlägt der Entwurf vor die Gewährung eines Schwangeren-, eines Wochen-, Stillgeldes und der Hebammenentlohn und ärztlichen Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden. Jedoch ist nur die Leistung des Wochengeldes für alle Klassen vorgeschrieben, die anderen Leistungen sind durchweg in das Gebiet der Klassen gestellt. Die Sozialdemokraten vermochten nicht, die Kommission dazu zu bewegen, den Krankenkassen die Gewährung all dieser Leistungen als unbedingte Pflicht aufzuerlegen.

Erreicht wurde nur, daß ärztliche Behandlung während der Schwangerschaftsbeschwerden und Hebammenentlohn obligatorisch sein sollen. Desgleichen kann der Wöchnerin (mit ihrer Zustimmung natürlich) an Stelle des Krankengeldes Aufnahme und Verpflegung in einem Wöchnerinnenheim gewährt werden. Die Einführung der Familienversicherung blieb leider wieder dem Willen der einzelnen Klassen überlassen. Für die Gewährung des Stillgeldes bleiben die zurzeit geltenden Bestimmungen unberändert bestehen.

Im preussischen Abgeordnetenhaus hat der Vertreter der Arbeiter diesmal einen vollen Sieg zu verzeichnen. Die Lohnforderung der Krone wurde, wie wir bereits voraus sagten, in vollem Umfange als berechtigt anerkannt und bewilligt. Die Watschbütte der Frau v. Wopelitz konnte nicht mehr zur Anwendung gelangen, da es hierzu sowieso schon viel zu spät ist. Ge schenks läßt sich eben nicht mehr rückgängig machen. Etwas Leben kam noch einmal in die heiligen Hallen, als der Abgeordnete Viehbach den Versuch unternahm, das zurzeit geltende Befindrecht als veraltet und ganz und gar nicht mehr un-

jeder Zeit entsprechend hinzustellen. Bekanntlich sind alle nur halbwegs vernünftigen Leute derselben Ansicht. Aber da hatte er in ein Weispennen ge-
 jochen. Da kürzten die Junker und andere Inter-
 essenten sofort wieder zu den Waffen, um ihre „he-
 ligsten Güter“ zu verteidigen. Ein Edler von So-
 low besaß sogar die Frechheit, nach einer Verur-
 teilung der Strafbestimmungen zu fordern. Der Edle
 von Cerven rief den Sozialdemokraten zornbeben-
 zu: „Glauben Sie ja nicht, daß wir auf
 diesem Gebiet so leicht nachgeben wer-
 den.“ Das stimmt vollkommen! Der Junker macht
 kann nur durch Volkes Macht gebrochen werden. Ein
 Bastieren gibt es mit diesen Purtschen nicht. — Nach
 dem „Edlen“ von Stroffer wird das Gesinde heut-
 zutage behandelt wie ein rohes Ei. Der Mann
 hat sich offenbar versprochen, er meinte wohl wahr-
 scheinlich das Gesindel à la Eisenbahnwärmer
 von Bonn, Streikbrecher, Kowdies und Monforten.
 Eine Komödie spielte sich noch die bürgerliche
 Mehrheit mit dem Wahlrecht der Monarchisten.
 inwieweit. Treiben hat man vor einigen Jahren bei
 der Beratung der Verfassungsfrage das Wahlrecht
 genommen, und jetzt tun dieselben Leute so, als ob
 sich das damals gar nicht hätte „besser machen
 lassen“ und als ob man nun die erlöbte Absicht
 hätte, ihnen dies Recht wieder zuzuführen. Der
 Regierungsvertreter lehnte die Verabsichtigung
 dieses Wunschens kurz und bündig ab, weil er ja seine
 Wappenstein genügend kennt.

Am letzten Tage wurden, bei Anwesenheit von
 noch etwa zwei Dutzend Abgeordneten, noch die ver-
 schiedenen Angelegenheiten, so z. B. die Statistik
 über die Höhe der Staatsarbeits, die „Liebevollen“
 Anwendung des famosen Sprachenparagrafen u. a.
 mehr im Einzelnen erörtert.

Für die Heberzweckheiten des Abtales wurde
 mit dem Koffer in der Hand einstimmig schlenig
 Staatshilfe gefordert und dann noch das „hohe
 Haus“ wie eine Schor Tauben (über Straßen?) aus-
 einander.

Am Donnerstag fand noch die „pflichtgemäße“
 gemeinsame Schlüssung mit den er- und durch-
 lauchtigsten Herren des Herrenhauses statt, welche
 letzteren vorher noch ein bißchen im Vorraum-
 rummel „gemacht“ hatten.

Jetzt sitzen die Herren schon in den Bädern, um
 sich von den Strapazen der Parlamentsarbeiten zu
 erholen. Für allerhand Kurweil und Unterhaltung
 ist bereits gesorgt, hat doch das preussische Re-
 gierungsschiff soeben zwei „alte“ Minister über
 Bord geschleudert und zwei neue als „Ballast“ im
 Sinne Theos sofort aufgenommen.

Wenn die Herren wieder zusammenberufen
 werden, das wissen die Götter. —

Die Zeit der Ernte naht, man merkt es
 an den hier und da schon von den Bäumen fallenden
 „frühesten“ Früchten. Als eine solche muß auch
 der Sieg in Heddorn-Wollin bezeichnet werden.
 Die Kommern ärgerten sich schon längst dar-
 über, daß sie nicht einen einzigen wirklichen Volks-
 vertreter im Reichsparlament haben. Die
 passende Gelegenheit bot sich jetzt und mit echt
 pommerischen Dieben wurde der Junker zu Boden
 geschlagen und ein Vertreter des arbeitenden Volkes
 gewählt. Am Heisen-Baume hängt eine gleiche
 Frucht! Wir wollen wünschen, daß der Süden
 dem Norden nachahmt, und daß Friedberg-Bindigen
 vollendet, was Heddorn-Wollin so herrlich angefangen
 hat. Das sind denn wieder zwei schwarze Tage, die
 wir angefeindet werden müssen. —

Streikbrechers Selbstanklage.

An den Hüden fiel ich der Fremde Sahar,
 Statt schuld'ger Freier;
 Die Kette, die schon gebrochen war,
 Ich schmiedet' sie neu.
 O schlugen sie doch zum Verräterlohn
 Mir ins Gesicht;
 Doch diesen Wid von verachtendem Sohn,
 Den ertrag ich nicht!!
 Und hab's doch getan, weil die Kinder zu Haus
 Vor Hunger schrien —
 Und weil wir bei all dem Jammer und Graus
 Der Verstand tat stiehn.
 O härt' ich gestohlen des Reichen Geld,
 Wär's besser schier.
 Im Kerker sah' ich, entehrt vor der Welt,
 Doch nicht vor mir.

Bekanntmachung des Zentralverbandes.

1. Mit dem 1. Juli 1910 fallen die Heber-
 gungsbestimmungen im Unterstützungsweien
 fort. Es dürfen von diesem Tage an nur noch
 die Sätze zur Auszahlung gelangen, wie sie in
 den §§ 3 und 4 des Unterstützungsreglements
 festgesetzt sind. Für alle Heberzahlungen sind

uns in erster Linie die in Frage kommenden
 Ortsvereinigungen verantwortlich.

2. Das Mitglied Jean Anton Ewald
 (Buchnummer 3784) aus Fribenheim a. M.
 ist abgereist, ohne sich ordnungsmäßig bei der
 Ortsverwaltung abgemeldet zu haben. Die
 Unterstützungsanzahl werden erincht, nicht
 eher Unterstützung auszugeben, bis E. seine
 Abmeldung vollzogen hat.

3. Das Mitgliedsbuch Nr. 2280, auf den
 Namen Willh. Köhr, Berlin, ausgestellt,
 ist angeblich verloren gegangen. Es wird hier-
 mit für ungültig erklärt.

Der Vorstand.

**Bekanntmachung
 der Tarifüberwachungskommission für das
 Portefeuller- und Reiseartikelgewerbe Deutsch-
 lands.**

1. In Berlin erhöht sich der Durch-
 schnittslohn für Portefeuller am 30. Juni
 auf 50 Pf. die Stunde. Die Mindest-
 löhne der Portefeuller betragen ab 30. Juni
 1910 nach dreijähriger Lehrzeit im ersten Jahre
 11 Pf. und im dritten Jahre nach der Lehre
 13 Pf. die Stunde.

2. Im Offenbacher Industrie-
 gebiet beträgt ab 1. Juli 1910 der Mindest-
 lohn für Portefeuller, die sich im ersten Jahre
 nach der Lehre befinden, 18 Pf., im zweiten
 Jahre 19,50 Pf. und im dritten Jahre 21 Pf.
 pro Woche. Ebenso erhöht sich der Garantielohn
 von 20 auf 21 Pf.

Wir erfinden die Kollegen, die Betriebs-
 inhaber durch die Werkstättenvertragsleute
 auf diese Bestimmungen aufmerksam zu machen.
 A. M.: D. Weinchild.

Bücherschau.

Protokoll der Verhandlungen des Außerordent-
 lichen (siebenten) Kongresses der Gewerkschaften
 Deutschlands. Abgehalten zu Berlin am 25. und
 26. April 1910.

Das Protokoll kostet im Buchhandel 75 Pf. pro
 Exemplar. Die Mitglieder der Gewerkschaften er-
 halten dasselbe zum Selbstkostenpreise von 20 Pf.
 pro Exemplar.

Das Protokoll ist eine hienographische Auf-
 nahme der Verhandlungen über die Vorlage der
 Reichsversicherungsordnung und gibt die Referate
 und Diskussionsreden fast wörtlich wieder. Bei der
 Wichtigkeit der Materie für die Arbeiter ist die
 weitestgehende Verbreitung des Protokolls geboten.
 Bestellungen sind zu richten an: Dermann Kube,
 Berlin S.O. 16, Engelauer 15.

Deutscher Transportarbeiterverband. Jahrbuch
 für das Jahr 1909. Verlag des „Courier“, Berlin.

Le Traducteur, The Translator, Il Traduttore,
 drei Halbmonatschriften zum Studium der fran-
 zösischen, englischen, italienischen und deutschen
 Sprache.

Diese Lehrschriften machen sich zur Aufgabe,
 das Studium der französischen, englischen,
 italienischen oder deutschen Sprache, wenn Vor-
 kenntnisse schon vorhanden sind, auf interessante und
 unterhaltende Weise weiterzuführen. Die dem Ur-
 text nebenan gestellte genaue Heberzählung führt dem
 Leser in beiden Sprachen den richtig gewählten Aus-
 druck vor, wodurch der Wortschatz vermehrt und die
 Genauigkeit in der Wiedergabe des Sinnes erlernt
 werden kann. Probenummern für Französisch,
 Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlaa
 des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Von der Lieferungsansgabe: **Webel, Aus meinem
 Leben**, ist soeben Heft 4 und 5 zur Ausgabe gelangt.
 Preis der alle 8 Tage von der Firma Paul
 Singer in Stuttgart herausgegebenen Hefte à 10 Pf.
 Sämtliche Partei- sowie sonstige Buchhandlun-
 gen und Kolporteurs übernehmen die Auslieferung.

Biblische Geschichten. Beiträge zum geschicht-
 lichen Verständnis der Heiligen von Max Maurer-
 brecher. Heft 8, das uns soeben zuging, behandelt
 die Auferstehungsgeschichten.

Das ganze Werk ist nunmehr auch in einem
 Band erschienen, enthaltend alle 10 Hefte der Bibl-
 ischen Geschichten.
 Preis broschüriert 6 Mk., gebunden 7,50 Mk. Durch
 alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Der preussische Wahlrechtskampf und seine
 Lehren. Vortrag von Frau Rosa Luxemburg. Ver-
 lag der Buchhandlung Volkstimme zu Frankfurt
 a. M. Preis 10 Pf.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 13
 hat u. a. folgenden Inhalt: Ferdinand Freiligrath.
 — Die menschlichen Siedlungen der jüngeren Stein-
 zeit. — Aus der Jugendbewegung. — Gedichte von
 A. Freiligrath. — Was ich auf dem Stern erlebte.
 (Erzählung).

In Freien Stunden. Romane und Erzählungen
 für das arbeitende Volk. Die Hefte 19 und 20 liegen
 uns vor. Der darin zum Ausdruck gelangende
 Hauptroman „Die Abendbrot“ von Dr. Bruno
 Wille neigt seinem Ende entgegen, doch können
 Interessenten alle bisher erschienenen Hefte nach-
 geliefert erhalten. Preis 10 Pf. Probenummern
 kostenlos vom Verlag: Buchhandlung Vorwärts,
 Berlin S.W. 68.

Adressenänderungen.

Striegan. Vertrauensmann Rob. Bante, Wil-
 helmstr. 33.
 Königsberg i. Pr. Alle Zuschriften und Zusen-
 dungen sind bis auf weiteres nur an W. Dietrich,
 Oberberberberg 51 IV zu richten.
 Offen a. Ruhr. B. A. Berger vom 1. 7. ab Witten-
 ringsstr. 32 III.

Verfammlungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Ver-
 sammlungsanzeigen, die bis zum Redaktionsschluss bei uns ein-
 laufen.)

- Breslau. Sonnabend, den 2. Juli, Mitglieder-
 versammlung im „Grünen Bergel“.
- Düsseldorf. Dienstag, den 28. Juni, abends
 8½ Uhr, Mitgliederversammlung im Volkshaus.
- Offen a. Ruhr. Sonnabend, den 2. Juli, abends
 9 Uhr, Versammlung im Restaurant Schmiring.
- Wera (Meißen). Sonnabend, den 2. Juli, Mit-
 gliederversammlung.
- Wien a. Rh. Sonnabend, den 2. Juli, abends
 9 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkshaus.
- Wannheim. Samstag, den 2. Juli, Mitglieder-
 versammlung.
- München. Samstag, den 2. Juli, abends
 8 Uhr, Versammlung im „Complgarten“, Jäger-
 straße 14.

Anzeigen.

Lehrlings- und Jugendabteilung Berlin.

Sonnabend, den 2. Juli, abends 7 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus, Canal 3.
Mitgliederversammlung.
 Vortrag über Freiligrath mit Rezitationen.

**Tüchtige Portefeuller
 auf bessere Damentaschen,**
 die auch einbügeln, sucht

**Lederwarenfabrik A. Nitte,
 Dahnau (Schlesien).**

Chromleder - Abfallstreifen

sind billig abzugeben.
W. Heß, Berlin, Reichenergerstr. 21.

**Unterzeichnete Schärfaufhaltsbesitzer
 Berlins**

empfehlen den verehrten Verbandskollegen, Portefeuller
 und Reiseartikelhändler ihre Schärfaufhalte
 mit der gleichzeitigen Mitteilung, daß ab 1. Februar
 dieses Jahres bei den Unterzeichneten die gleichen
 Preise bei besser und prompterer Bedienung zur An-
 rechnung gelangen. Unterzeichnete haben sich auch
 verpflichtet, nur gelernte Sattler und Portefeuller zur
 Bedienung an der Schärfaufhalte unter den vom
 Verband der Sattler und Portefeuller gestellten Be-
 dingungen einzustellen.

Zudem wir hoffen, daß uns die Kollegenschaft
 mit ihren Aufträgen berücksichtigen wird.

- zeichnen hochachtungsvoll
- Die vereinigten Schärfaufhaltsbesitzer Berlins**
- Wilhelm Heß, SO., Reichenergerstr. 4.
- August Heß, S., Luisenauer 86.
- Wilhelm Kolarski, SO., Reichenergerstr. 159.
- Erich Wehl, S., Luisenauer 84.
- Gebr. Köhl, SO., Köpenickerstr. 155/156.
- Richard Seemann, S., Dresdenerstr. 80.

Herr Hans Hoffmann, Sebastianstr. 84, ist nicht
 mehr Mitglied unserer Vereinigung. Die Obigen.